Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1912

161 (13.7.1912) Erstes Blatt

Visual Library

Nr. 161. Karlsruhe, Samstag, den 13. Juli 1912. 32. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481. Sprechstunde nur von ½12—½1 Uhr. Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128. Postcheck-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Geck & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kabel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen

16 Seiten.

Mittelmeer und Nordsee.

Das Thema aller Themen der internationalen Politik ist am Mittwoch wieder einmal im englischen Parlament behandelt worden und wieder einmal hat es sowohl der Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, wie der Führer der konservativen Opposition, Bonar Law, auf das lebhafteste in Abrede gestellt, daß irgendwo in England der Wunsch vorhanden sei, mit Deutschland in anderen als den freundschaftlichsten Beziehungen zu leben und daß es irgendwo in der Welt Streitfragen gebe, die dem deutsch-englischen Frieden gefährlich zu werden vermöchten.

Wenn auch die häufige Wiederholung der friedlichen Versicherungen unsere Freude über sie ein wenig dämpft und wenn wir auch den Wert solcher Reden keineswegs überschätzen, so konstatieren wir doch mit Genugtuung, daß man drüben keine Gelegenheit vorübergehen läßt, die Abwesenheit aller kriegerischen Absichten zu beteuern und wir halten es für abgeschmackt und frivol, nach Art der alldeutschen Presse in all solchen Kundgebungen nur Akte einer abgefeimten Heuchelei und Versuche zur Einlullung der öffentlichen Meinung in Deutschland zu sehen. Gewiß wird ferner auch die imperialistische Entwicklung durch Reden und Artikel nicht aufgehalten, aber es ist doch noch immer etwas anderes, ob man mit vollem Bewußtsein und absichtlich auf den feindlichen Zusammenstoß hinarbeitet, oder ob man bereit ist, eine Versöhnung einander widerstreitender wirtschaftlicher Interessen durch die Begünstigung eines Zusammenarbeitens des beiderseitigen Kapitals herbeizuführen.

Sir Edward Grey hat in seiner Rede auf die Bagdadbahn und auf ihre Fortsetzung zum persischen Golf hingewiesen und er hat deutlich die Bereitwilligkeit Englands zu erkennen gegeben, sich mit Deutschland in diesem für das Exportkapital beider Länder wichtigen Punkte zu einigen. Würde eine solche Verständigung zustande kommen und wäre gar auch Frankreich an ihr beteiligt, so könnte das eine bessere Garantie des europäischen Friedens werden, als alle Monarchenzusammenkünfte und alle schönen Worte, die in den Parlamenten gesprochen oder zu amtlichen Communiqués zusammengestellt werden.

Erst dann, wenn so an einem praktischen Beispiel die Möglichkeit eines Ausgleichs der Interessen gezeigt wäre, könnte man auch mit Aussicht auf Erfolg die Frage einer Rüstungseinschränkung auf Grund von Abmachungen von Staat zu Staat nähertreten. Der umgekehrte Weg ist, wie sich in den letzten Jahren herausgestellt hat, ungangbar und es ist eigentlich ganz erfreulich, daß im englischen Unterhaus das Problem eines Flottenabkommens nicht mehr angeschnitten wurde. Damit wären nur Hoffnungen erweckt worden, deren Unerfüllbarkeit sich bald herausgestellt hätte. Der erste Schritt heißt: Verständigung in einer bestimmten Frage der „Weltpolitik", erst der zweite oder dritte kann zu einem Vertrag über die Flottenrüstungen führen.

Auf der andern Seite aber mögen die wachsenden Ausgaben für die Marine die Geneigtheit zu einer baldigen Einigung an irgend einem Orte der Welt stärken. Im Mittelpunkt der Ausführungen Sir Edward Greys standen die Darlegungen über Englands Stellung im Mittelmeer. Muß Großbritannien dort eine starke Seemacht unterhalten oder nicht? Die letzte Phase seiner Flottenpolitik ist die, daß auch die Schiffe aus dem mittelländischen Meer in die Nordsee gezogen werden. Die sechs Linienschiffe, die bisher dort stationiert werden, vergrößern das Geschwader, das, um mit den Worten Bonar Laws zu reden, eine gegen Deutschland gerichtete geladene Kanone ist, und in jenen Gewässern, die für England als Weg nach Indien von so großer Wichtigkeit sind, befinden sich nach Durchführung dieser Verschiebung nur noch vier Panzerkreuzer. Genügt diese Streitkraft oder nicht? Darüber hat der Minister des Auswärtigen allerlei und noch einiges gesagt, ohne daß man — wenigstens nach den vorliegenden Berichten — zu einiger Klarheit über die Absichten der englischen Regierung gelangt wäre.

In den letzten Tagen gingen Gerüchte über neue, das Mittelmeer betreffende diplomatische Abmachungen durch die internationale Presse. England, Frankreich und Italien sollten zu einer Entente gelangt sein. Grey hat uns nicht verraten, was an diesen Mitteilungen wahres ist, und er hat nur die Alternative aufgestellt, daß man sich entweder durch Verträge oder durch Schiffe sichern müsse. Aber es hatte doch den Anschein, als ob er an die Wirksamkeit der Verträge nicht recht glaube und der Wirksamkeit der Panzer und Kanonen ein größeres Vertrauen schenke, mit andern Worten, als ob die Regierung die Entblößung des Mittelmeers doch für bedenklich halte, und genau, wie es übrigens Lord Kitchener, der Gouverneur von Aegypten gefordert hat, sich nicht mit den vier Kreuzern begnügen möchte.

Die Frage ist für England nun die, ob es seine Nordseestation wieder schwächen zu können glaubt, oder ob es die Schiffsbauten abermals vermehren und beschleunigen wird. Zugunsten der Nordsee hat es im Laufe der letzten acht Jahre ja nicht nur dem Mittelmeer, sondern auch dem atlantischen Ozean und dem Kanal Schiffe entzogen. Seine Seemacht ist beinahe vollständig in den Gewässern konzentriert, die zwischen der englischen und der deutschen Küste fluten und es würde natürlich ein schönes Zeichen für die Gunst der Situation sein, wenn es dazu überginge, an dieser Stelle seine Rüstungen abzubauen und einige der Panzer nach dem Süden Europas zu dirigieren.

Sehr wahrscheinlich ist es allerdings nicht, daß man in London einen solchen Entschluß faßt, ja man muß sogar damit rechnen, daß Winston Churchill sein Flottenbauprogramm erweitert. Aber kann das dann etwa zur Folge haben, daß sich auch Deutschland in neue marinistische Unkosten stürzt. Wir hören die Flottentreiber schon wieder schreien. Am Sonntag hat der Vorsitzende des Flottenvereins beim Marinekongreß in Düsseldorf wieder die Unzulänglichkeit des eben erst angenommenen Gesetzes bedauert und Herr Erzberger, der große Diplomat und Stratege, setzt im „Tag" grade unter Hinweis auf die Zusammenfassung der britischen Kräfte in der Nordsee die Notwendigkeit, des schleunigen Baues des einen Linienschiffs für dessen Fertigstellung noch kein Termin bestimmt ist und der Vermehrung unserer Panzerkreuzer auseinander.

Diese Ratschläge und Forderungen allein genügen natürlich, um etwa in England vorhandene Absichten, eine anderweitige Verteilung der Seestreitkräfte von vornherein zu ersticken, wie denn überhaupt die Konzentration in der Nordsee nichts anderes ist als die Folge der ständigen Vergrößerung der deutschen Marine und noch mehr der Hetzarbeit unserer Patrioten. Was die Erzberger und Genossen als eine Bedrohung Deutschlands hinstellen, das nennen die Engländer mit größerem Recht eine Maßregel der Verteidigung. Für einen Krieg zwischen Deutschland und England, der nicht von uns erklärt würde, machte es ja so gut wie gar nichts aus, ob die britischen Schiffe in der Nordsee stationiert wären, oder ob ein Teil von ihnen im Kanal, im atlantischen Ozean oder im Mittelmeer lägen. In wenigen Tagen ließen sie sich zusammenziehen, wenn England die Absicht hätte zu einer bewaffneten Auseinandersetzung mit uns die Initiative zu ergreifen. Daß es die Mündung seiner Kanonen so offenkundig im Frieden gegen Deutschland richtet, beweist uns, daß es sich von dorther — mit Recht oder mit Unrecht — eines Ueberfalls versehen zu müssen glaubt.

Wir können, wie gesagt, jetzt nicht zu einer Verständigung über das Maß der beiderseitigen Rüstungen kommen, aber wir könnten, indem wir Erzberger und seinen Freunden die Mäuler stopften, dafür Sorge tragen, daß nicht dem Streben, auf anderem Wege zum Frieden zu gelangen, durch ein wahnwitziges Weiterschreiten auf einer falschen Bahn schier unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet werden.

Säuglinge im Gefängnis.

Säuglinge im Gefängnis? Unsinn! Kann doch wieder nur eine schamlose Hetzerei gegen die Behörden und die herrschende Ordnung sein! — In der Tat eine aufreizende „Hetzerei", aber nicht von irgend einer „staatsfeindlichen" Seite, die Aufreizung liegt in der Art, wie im Ruhrrevier Streikfünden der Mütter von armen Säuglingen gebüßt werden müssen. In der Folge des Bergarbeiterstreiks sind auch eine große Anzahl Frauen verurteilt worden. Der Zorn über den Verrat der Streikbrecher hatte manche Frau eines Streikenden, die unmittelbar unter dem harten Lohnkampf, den der Familienvater auszufechten hatte, litt, ein bitteres Wort gegen die Verräter auf die Lippen gedrängt. Und die immer rastende Gerechtigkeit waltete auch gegen solche Frauen zum Schutze der braven, ehrenhaften Arbeitswilligen. Frauen, Mütter mußten ins Gefängnis wandern, und die Säuglinge an ihrer Brust konnten die Strafvollstreckung nicht hindern. War anderweite Pflege nicht möglich, so mußten sie einfach das Gefängnis mit der Mutter teilen — um der Gerechtigkeit willen.

Ein Redakteur des Bochumer „Volksblatt" hat eine Anzahl Mütter aus verschiedenen Gebieten des Ruhrreviers persönlich aufgesucht und sich von ihnen erzählen lassen, wie es ihnen mit ihren Säuglingen im Gefängnis ergangen ist.

Eine dieser Mütter erzählte: Ich hatte beim Bergarbeiterstreik vorübergehenden Arbeitswilligen „Streikbrecher" nachgerufen. Ein Arbeitswilliger beschwor, gehört zu haben, daß ich auch Ferkel gesagt hätte. Ich bekam fünf Tage Gefängnis, die ich im Recklinger Gefängnis verbüßte. Mein fünf Monate altes Kind — hier sehen Sie das Würmchen — (ich sah ein Geschöpfchen von blasser Gesichtsfarbe, das guter Luft und gesunder Ernährung äußerst bedürftig schien) wollte ich nicht von der Mutterbrust entwöhnen, hier gibt es so schlechte Milch und die kostet noch 22 Pfg. das Liter, da hätte das Kind nicht genügend Nahrung bekommen und ich kann und will auch mein Kind selbst nähren. Mein Mann ging mit nach dem Gefängnis und fragte, was dann mit dem Kind werden solle, worauf ihm bedeutet wurde: „Gehen Sie nur, das Kind bleibt hier!" — Ich wurde in eine kleine Zelle eingesperrt, sie mochte wohl vier Meter lang und zwei Meter breit sein. Das kleine Fenster mit schwerem Eisengitter war hoch oben angebracht. Die Luft war beängstigend und von eigenartigem Geruch. Frische Luft konnte nicht viel hinein. Ich bemühte mich, mein Kind zu erheitern. Der Gang zum Gefängnis war für mich furchtbar schwer gewesen, ich war innerlich furchtbar erregt. Noch furchtbarer war mir, daß ich das Kind in diesem Zustande nähren mußte. Die Folgen machten sich sofort bemerkbar. Das Kind schrie die ganze Nacht, es hat höchstens eine Stunde geschlafen. Es war schrecklich aufgeregt und fuhr bei dem geringsten Geräusch, welches durch die dumpfe Halle drang, vor Schreck auf. Am Tage schlief das Kind einige Stunden. Weil es so viel schrie, bekam ich vom zweiten Tage an dreimal etwas Milch. Doch das Kind zeigte nicht viel Appetit. So ging es bis zum letzten Tage, es weinte sehr viel und wurde immer aufgeregter. Zusehends wurde es schwächer und das Gesicht wurde ganz blaß. Der Zustand dauerte noch neun Tage nach unserer Entlassung aus dem Gefängnis so an. Morgens wurden wir eine halbe Stunde auf den Hof geführt, der von hohen Mauern umgeben war und nur den Blick zum Himmel gestattete. Unser Nachtlager bestand aus ganz hart gestopften Strohsäcken und einer Pferdedecke. Ich hätte damit schon vorlieb genommen, warum sollte ich nicht auch das erleiden, was so viele Frauen über sich ergehen lassen müssen. Aber daß ich das Kind so hart betten und leiden sehen mußte, stimmte mich sehr kummervoll.

Während meiner Haft waren außer mir noch vier Streikfünderinnen mit kleinen Kindchen in dem Gefängnis, alle kamen sie in kleine Zellen (Einzelhaft).

Ein erschütterndes deutsches Kulturbild! Die schlichte Erzählung dieser Mutter — und viele andere könnten dasselbe erzählen — reißt das Kulturmäntelchen, womit sich die herrschende Gesellschaft Deutschlands so gern drapiert, unbarmherzig in Fetzen. Säuglinge im Gefängnis! Kann das von Rußland, von Sibirien übertroffen werden? Kaum!

Und warum Mutter und Säugling im Gefängnis? Im preußischen Sibirien gibts Streikfündern gegenüber kein Pardon. Man steckt Frauen mit ihren Säuglingen in licht- und luftarme Zellen und gefährdet aufs höchste die Gesundheit der armen Kinder, um den Frauen nur keine Straferlasse — vielleicht nicht einmal Strafaufschub — zuteil werden zu lassen. Die Staatsanwaltschaft in Bochum hält einen Aufschub der Strafe unvereinbar mit dem Strafzweck, sagte ein höherer Polizeibeamter. Und um diesen „Strafzweck" zu erreichen, darf man sich durch sentimentale Rücksichten auf Mutter- und Säuglingsschutz nicht beirren lassen. — Preußisch Sibirien!

Deutsche Politik.

Ein beleidigender Vergleich. Zwischen dem württembergischen Kultusminister v. Fleischhauer und dem württembergischen Volksschullehrer-Verein ist es zu einem ernsten Konflikt gekommen. Im Organ des Vereins erschien ein Aufsatz, in dem das Verhalten des Ministers bei der Vertretung des Lehrerbesoldungs-Gesetzes sehr scharf kritisiert und u. a. gesagt wurde, **der Minister habe wie ein ostelbischer Landrat gesprochen.** Der Minister erklärte darauf dem Vorsitzenden des Vereins, dem volksparteilichen Landtagsabgeordneten Löchner, daß er alle Beziehungen zu dem Verein abbreche, keine Deputationen mehr empfange und keine Eingabe des Vereins mehr berücksichtigen werde, wenn er nicht im Vereinsorgan eine Genugtuung erhalte.

Den Vergleich mit einem ostelbischen Landrat faßt ein süddeutscher Minister als „Tusch" auf und er tut recht daran!

Geschorene und Gescheitelte! Zwischen dem Blatt der Geschorenen, der „Germania" und dem Organ der Gescheitelten, dem „Reichsboten", sind schwere Differenzen ausgebrochen. Der „Reichsbote" warf nämlich der „Germania" vor, politische Nachrichten, die auf der Redaktion des „Reichsboten" entstanden sind, ohne Quellenangabe nachgedruckt zu haben. Die „Germania" bestritt dies und darob schimpft nun der „Reichsbote" wie ein Rohrspatz

Die „politischen“ Nachrichten, die auf der Redaktion des „Reichsboten“ entstanden sind, werden vermutlich identisch sein mit den Sudeleien, die das Pfaffenblatt vielfach gegen die Arbeiterbewegung verbricht; für solche Dinge ist die „Germania“ allerdings ein sehr williger Abnehmer. Wirklich wichtige politische Nachrichten wird ein denkender Zeitungsleser natürlich im „Reichsboten“ zu allerletzt suchen.

Abg. Erzberger als freiwilliger Regierungskommissar. Einstens versuchte sich der Abg. Erzberger in der Rolle des Oppositionsmannes — das war damals, als Roeren seinen Kampf gegen Dernburg eröffnete, dem er „Allüren eines Börsenjobbers“ und ähnliche angenehme Eigenschaften zum Vorwurf machte. Roeren fand damals lebhafte Unterstützung bei Herrn Erzberger, der bei dieser Gelegenheit freilich etwas unter den Schlitten kam. Der damalige Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, Herr v. Loebell, hatte nämlich über die Besuche, die Abg. Erzberger in der Reichskanzlei gemacht hatte, sorgfältig Buch geführt und auch all das stenographisch fixiert, was der vielgeschäftige Zentrumsmann bei diesen Gelegenheiten gesagt hat. Die Feindschaft zwischen den Leuten von der Regierung und dem Abg. Erzberger stieg derart, daß im Wahlkampf 1906/07 der Wahlmacher des Fürsten Bülow, General Keim, eine Broschüre hinausgeben konnte, die den vielsagenden Titel trug: „Die Lügen des Herrn Erzberger“.

Darüber sind nun freilich Jahre verflossen, die Regierungsmänner, die damals den Kampf führten, sind in der Versenkung verschwunden, das Zentrum ist längst wieder regierende Partei und der einstige Oppositionsmann Erzberger ist heute zum Fanfarenbläser der Flottentreiber geworden. Die Veröffentlichungen des „Nauticus“, jener halbamtlichen Tendenzschrift, haben ihm anscheinend den letzten Rest von Ueberlegung geraubt, sonst hätte er nicht im „Tag“ einen Artikel veröffentlichen können, der ebensogut den General Keim, seinen einstigen Widerpart, zum Verfasser haben könnte. Die englische Flotte ist momentan im Kanal zusammengezogen, wie versichert wird, um dem Parlament einen Ueberblick über Englands Rüstung zur See zu gewähren. Es wird versichert, daß die Schiffe demnächst wieder auf ihre Stationen zurückkehren werden. Der „Nauticus“ enthält nun aber eine Tabelle, die den Anschein erwecken könnte, als solle fast die gesamte englische Flotte in der Nordsee versammelt bleiben. Diese Tabelle hat es Herrn Erzberger angetan. Er wünscht, daß man sie „an alle Plakatsäulen schlage, auf den Rathäusern auslege, in die Gasthäuser hänge und in allen Schulen anbringe. Dann würde ganz Deutschland wissen, wie seit bald einem Jahrzehnt zu allen schönen englischen Worten die Tatsache kommt, daß das Inselreich nahezu seine gesamte Flotte in der Nordsee zusammenzieht und zu diesem Zwecke selbst seine historischen Marinestützpunkte schwächt oder nahezu ganz preisgibt.“

Herr Erzberger, dem die schwachen Punkte seiner Stellung recht gut bekannt sind, baut denn auch gleich vor, indem er den Einwand, daß die deutschen Seerüstungen England veranlaßt haben, mehr Schiffe in der Nordsee zu belassen, mit den Bemerkungen abzutun versucht:

„Deutschland hat vom Anfang an bis heute stets betont, daß es nur eine Abwehrflotte baue; es hat den Bau der Dreadnoughts nicht begonnen, sondern nur langsam und zögernd; es hielt im Kaliber seiner großen Schiffe zurück, es war nie treibend und peitschend, sondern ging nur seinen Weg, sich eine Flotte zu schaffen, so stark, daß es niemand ohne zu hohen Einsatz riskieren kann, uns anzugreifen. Wenn trotz aller dieser Tatsachen aber England mit dieser Konzentration seiner Flotte gegen Deutschland antwortet, dann weiß jeder Deutsche, was die Aufgabe der Nation ist.“

Die alte Geschichte: einer will immer vom andern getrieben worden sein und jeder rüstet nur, um den — Frieden zu erhalten! Herr v. Heeringen und Herr v. Tirpitz können sich gleicherweise freuen, keiner ihrer Vorgänger hat je einen Reichstag gehabt, der so willfährig war als wie der jetzige. Der Minister des Krieges und der Gewaltige der Marine sollen sich der Mühe, Heeres- und Flottenvorlagen auszuarbeiten, gar nicht mehr unterziehen, es genügt, wenn sie dem Reichstag erklären: „Wir brauchen mehr Soldaten und mehr Schiffe, wie viel wollt Ihr uns geben?“ Die Erzberger und Bassermann werden dann soviel auf dem Präsentierteller darbieten, daß vielleicht noch die Minister die Rolle der Bremser zu übernehmen haben. Wenn Abgeordnete zu freiwilligen Regierungskommissären werden, dann lacht die Regierung und dann blutet das Volk.

Ausland.

Schweiz.

Ein Hetzpfäfflein abgesetzt. Im Kanton Solothurn, der 77 000 Katholiken und 40 000 Protestanten zählt, hat der Landtag den Pfarrer Ackermann seines Amtes enthoben, weil er während der verflossenen Landtagswahl die Kanzel zu politischen Hetzreden mißbraucht hatte. Die Sozialdemokraten haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt, weil sie in dem Akt eine politische Maßregelung erblickten, die sie nicht mitmachen wollten, wenngleich sie die Kanzelhetze des Pfäffleins scharf verurteilten. Nun aber will der Hetzkaplan nicht von seinem Platze weichen und die Frommen stehen geschlossen hinter ihm und drohen, nur mit Gewalt weichen zu wollen. — Unsere Schwarzen werden ihrem Schöpfer danken, daß sie nicht der Regierung von Solothurn unterstehen. Namentlich die in Bayern . . . .

Amerika.

Die Eröffnung der sozialistischen Präsidentenwahlkampagne. Während man sich in den alten Parteien um die Kandidaten raufte und nun mit reaktionärer oder „volksfreundlicher“ Demagogie die Massen für die verschiedenen Sachwalter der herrschenden Klasseninteressen einzufangen sucht, haben unsere Genossen nach der würdig verlaufenen Kandidatenaufstellung und der Annahme eines großherzigen, wissenschaftlich begründeten Programms die Wahlbewegung mit einer riesigen Volkskundgebung in Chicago mit den beiden Kandidaten Debs und Seidel als Rednern eingeleitet. Ueber 100 000 Menschen füllten einen Platz von 18 Hektaren und Zehntausende standen außerhalb. Beide Redner entwickelten in der schärfsten grundsätzlichen Weise die sozialistische Auffassung der bestehenden Gesellschaft und das sozialistische Programm. Sie zeigten, wie die Riesenmacht des Kapitalismus allen öffentlichen Besitz und das wirtschaftliche Leben des Volkes unterjocht hat, wie die herrschenden Parteien und ihre Behörden nur Werkzeuge dieser Macht und demgemäß durch und durch korrupt sind, wie jeder Versuch, die Gewalt der Kapitalmächte zu brechen (Gouvernör Altgeld v. Illinois, die Ritter der Arbeit, die Populistenpartei, jetzt die republikanischen Insurgenten), zunichte gemacht wird. Sie zeigten, wie die Abhängigkeit der Arbeiterklasse zur vollen Sklaverei geworden ist, wie Kinderarbeit, Prostitution, Arbeitslosigkeit den Volkskörper zerstören, wie in 15 Jahren die Löhne um 20, aber die Preise der Lebensbedürfnisse um 60 Prozent gestiegen sind, die Kaufkraft des Lohnes also um 25 Prozent gefallen ist.

All diesen Schrecknissen gegenüber zeigten sie den Sozialismus: die revolutionäre Vereinigung der Arbeiter zur Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht mittels ihrer eigenen, nach eigenem Willen von unten her geleiteten Partei und der Zusammenfassung der Arbeiter in Industrieverbänden als das einzige Mittel der Rettung. Die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien schwinden. Sie erscheinen immer deutlicher als die bezahlten Söldlinge der kapitalistischen Machthaber. Ihnen gegenüber steht die Socialist Party, fest entschlossen, die Macht der Arbeiter zusammenzufassen, um den Kapitalisten die Herrschaft zu entreißen und durch Herstellung des Gemeindebesitzes an Land und Industrie die Wirtschaft zum Gesamtwohl zu leiten. Vor 4 Jahren kaum 40 000, sind nun rund 150 000 zahlende Mitglieder in der Partei vereint. „Wir sind einig, kampfesmutig, begeistert wie nie zuvor. Von der Ostküste bis zum Pacific und von der kanadischen Grenze bis zum Busen von Mexiko flattert das rote Banner. Jeder Staat hat seine Organisation und wird eine volle Kandidatenliste aufstellen. . . . Dies ist unser Jahr in den Vereinigten Staaten! Sozialismus ist in der Luft, die wir atmen. Er ist das gewaltigste Losungswort, das je Männer und Frauen zum Handeln begeistert hat. Am Horizont der Arbeiter steigt eine neue Sonne auf: die Hoffnung der gesamten Menschheit. Vorwärts, Genossen. Vorwärts zum Kampfe, bis der Triumph des Sozialismus eine befreite Menschheit und eine neue Welt verkündet!“ — So schloß Debs. Wie Seidel berichtet, bietet jede Versammlung das gleiche Bild stürmischer, leidenschaftlicher Begeisterung. Niemals sei ähnliches im Lande erlebt worden. Es ist ein entscheidendes Jahr für die Union und der Wendepunkt für viele Wähler.

Badischer Landtag.

100. Sitzung der 2. Kammer.

⊙ **Karlsruhe, 12. Juli.**

Den Präsidententisch ziert anläßlich der 100. Sitzung ein prächtiges Blumenarrangement.

Präsident **Rohrhurst** eröffnet ¼10 Uhr die Sitzung und dankt für die Blumengabe unter dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Abgeordneten nun bald in die wohlverdienten Ferien gehen können.

Minister **v. Bodman** unterbreitet einen Gesetzentwurf betr. die Wahl der Landtagsabgeordneten in den 5 größten Städten Badens.

Die Verabschiedung des Finanzgesetzes wird ausgesetzt, bis die erste Kammer das Budget erledigt hat.

Auf der Tagesordnung stehen

Petitionen.

Abg. **Wittemann** (Zentr.) berichtet über die Bitte der Gemeinde Kandern um Errichtung eines Amtsgerichts daselbst. Die Kommissionsmehrheit vertritt die Auffassung, daß man keine Zwergamtsgerichte schaffen sollte und beantragt daher Uebergang zur Tagesordnung.

Ministerialrat **Schmidt** legt kurz den ablehnenden Standpunkt der Regierung dar.

Abg. **Koger** (natl.) unterstützt die Petition und stellt den Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme, während sich Abg. **Rösch** (Soz.) auf den Boden des Kommissionsbeschlusses stellt.

Der Antrag Koger wird sodann mit 23 gegen 20 Stimmen angenommen.

Abg. Dr. **Koch** (ntl.) erstattet Bericht über die Petition des Gemeinderats Singen a. H. u. a. Orte um Errichtung eines Amtsgerichts in Singen. Die Kommissionsmehrheit nimmt eine günstige Stellung zur Petition ein. Der Antrag geht auf empfehlende Ueberweisung in dem Sinne, daß der Bezirk Singen vom Amtsgerichtsbezirk Radolfzell abgetrennt wird, die Amtsgerichte in Engen und Stockach aber beibehalten werden.

Ministerialrat **Schmidt:** Die Regierung kann ein Bedürfnis für die Errichtung eines Amtsgerichts in Singen nicht anerkennen und wäre erst dann in der Lage, derselben näher zu treten, wenn ein benachbartes Amtsgericht aufgehoben würde.

Abg. **Schmidt**-Singen (natl.) vertritt nachdrücklich die Interessen der Stadtgemeinde Singen. Es handelt sich hier um ein Gebiet von 25 000 Einwohnern.

Abg. **Büchner** (Zentr.) begründet einen Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme. Er wendet sich vom Standpunkte der Stadt Radolfzell aus gegen die Petition. Der Gerichtstag in Singen könnte mehr ausgenützt werden.

Abg. **Hilbert** (natl.) spricht sich gegen eine etwaige Aufhebung des Amtsgerichts Engen aus.

Die Abgg. **König** (natl.) und **Bechtold** (Soz.) vertreten die Auffassung, daß Singen kraft der Entwicklung früher oder später ein eigenes Amtsgericht erhalten muß.

Abg. **Schmidt**-Singen (natl.) erklärt, daß er keineswegs von einem gehässigen Ton der Radolfzeller Gegenpetition gesprochen habe. Redner äußert sich dann über die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung Singens.

Abg. Dr. **Zehnter** (Zentr.) kann eine Teilung des Amtsgerichtsbezirks Radolfzell für die nächste Zeit nicht empfehlen, zumal ein Bedürfnis hierfür nicht vorliege und man bestrebt sei, die Staatsverwaltung zu vereinfachen.

Der Antrag **Büchner** wird mit 34 gegen 26 Stimmen abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Es folgen Berichte der Petitionskommission.

Abg. **Müller**-Schopfheim (Soz.) berichtet über die Bitte des Bureauassistenten Theodor Wagner beim Notariat VI um Beförderung.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird debattelos angenommen.

Es werden durch Uebergang zur Tagesordnung ferner erledigt: Die Petition des Sigmund Duffner in Yach um Rechtshilfe. (Ber. Abg. Ziegelmeyer),

die Petition des Hauptlehrers a. D. Ernst Wilhelm in Niefern um Wiederverwendung im Staatsdienst (Ber. Abg. Schmidt-Singen);

die Petition des Oberpostassistenten Friedrich Grether in Freiburg in Betreff der Gewährung der Unteroffiziersprämie an Gendarmen (Ber. Abg. v. Gleichenstein);

die Petition des früheren Schutzmanns Josef Bamberger in Mannheim um Rechtsschutz (Ber. Abg. Koger) und

die Petition des früheren Schutzmanns Karl Glück in Pforzheim um Bewilligung einer Pension bezw. Wiedereinstellung in den Staatsdienst (Ber. Abg. Kurz).

Chodynka

von Leo Tolstoi.*)

„Ich begreife diesen Starrsinn nicht. Warum sollst du dir den Schlaf rauben und „ins Volk“ gehen, wenn du morgen mit Tante Mjera ruhig und geraden Weges nach dem Pavillon fahren kannst? Du siehst dann alles. Ich habe dir ja schon gesagt, daß Behr mir versprochen hat, dich hinzubegleiten. Und zudem hast du als Hoffräulein das Recht dazu.“

So sprach der unter dem Namen „Pigeon“ der ganzen vornehmen Welt bekannte Fürst Pawel Golizyn zu seiner dreiundzwanzigjährigen Tochter Alexandra, die von allen Rina genannt wurde.

Das Gespräch fand in Moskau am Abend des 17. Mai 1893 statt, unmittelbar vor dem Volksfest, das anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten des Zaren Nikolaus II. anberaumt worden war. Rina, ein hübsches, kräftiges Mädchen, mit der charakteristischen, kühn geschwungenen Habichtsnase der Golizyns, war schon über das Alter hinaus, in dem sie sich für die Bälle der vornehmen Welt begeistert hatte und war eine entschiedene Fortschrittlerin und Volksfreundin, oder hielt sich wenigstens dafür. Sie war die einzige Tochter und der Liebling ihres Vaters und tat, was sie wollte. Jetzt hatte sie plötzlich, wie der Vater sich ausdrückte, den „Sparren“ bekommen, das Volksfest mit ihrem Vetter nicht zur Mittagsstunde, zu gleicher Zeit mit dem Hofe, zu besuchen, sondern zusammen mit dem Volke, mit dem Hauswart und dem jüngeren Kutscher, die schon ganz früh am Morgen vom Hause fortgingen.

„Ich will ja das Volk nicht nur sehen, Papa — ich will mit ihm zusammen sein . . . Ich möchte sehen, wie es sich dem jungen Zaren gegenüber benimmt. Darf ich nicht wenigstens das eine Mal hin?“

„Na, tu schon, was du willst. Ich kenne ja deinen Starrsinn.“

„Sei nicht böse, lieber Papa. Ich verspreche dir auch, recht vernünftig zu sein. Und Leon wird ja immerfort bei mir sein.“

Wie absonderlich und unpassend auch der Einfall der Tochter dem Vater erschien, er konnte ihr die Bitte nun einmal nicht abschlagen.

„Gewiß darfst du es,“ versetzte er auf ihre Frage, ob sie den Wagen benutzen dürfe. „Du fährst bis zum Chodynka-Felde und schickst den Wagen zurück.“

„Das ist ja herrlich!“

Sie trat zu ihm hin. Er bekreuzte sie gewohnheitsgemäß und sie küßte seine große, weiße Hand. So trennten sie sich.

•

An demselben Abend wurde in der Wohnung, die von der Vermieterin Marja Jakowlewna an die Arbeiter der Zigarettenfabrik abgegeben wurde, gleichfalls von dem bevorstehenden Volksfest gesprochen. In dem Zimmer des Jemeljan Jagodny saßen einige seiner Arbeitsgenossen, die gekommen waren, um sich für den folgenden Tag zu verabreden.

„Es lohnt sich ja gar nicht, daß wir schlafen gehen,“ sprach Jascha, ein fröhlicher Bursche, der in einem durch eine Querwand abgeteilten Verschlage logierte. „Wir verschlafen am Ende noch die Zeit.“

„Warum sollen wir nicht schlafen gehen?“ meinte Jemeljan. „Ums Morgengrauen marschieren wir los. So wollten es wenigstens die Kameraden halten.“

„Na, dann schlafen wir also. Du mußt mich aber wecken, Jemeljan, damit ich nicht verschlafe.“

Jemeljan Semjonytsch versprach es, holte aus dem Tischkasten Seidengarn hervor, rückte die Lampe näher zu sich hin und begann einen abgerissenen Knopf an dem Sommerüberzieher festzunähen. Als er fertig war, legte er seinen besten Anzug auf der Bank zurecht, putzte seine Stiefel, betete das Vaterunser und das Gebet zur Mutter Gottes, deren Sinn er nie begriffen, noch auch für irgendwie bedeutsam gehalten hatte, zog die Stiefel und die Beinkleider aus und legte sich auf die schmale, zerdrückte Matratze des knarrenden Bettes.

„Warum auch nicht?“ dachte er. „Es kommt doch vor, daß Leute Glück haben. Vielleicht bekomme ich ein Los, das gewinnt.“ Unter dem Volke war das Gerücht verbreitet, daß außer den Geschenken auch Lotterielose zur Verteilung kommen würden. „Es brauchen ja keine zehntausend zu sein, es genügt, wenn ich nur fünfhundert bekomme. Dann wäre ich schön heraus: den Eltern würde ich Geld schicken, die Frau von ihrer Stelle fortnehmen. Ist denn das ein Leben, wenn man so voneinander getrennt ist? Auch eine gute Uhr würde ich mir zulegen und Pelze für mich und meine Frau nähen lassen. So quält und quält man sich und kommt aus der Not nicht heraus.“

Er träumte, daß er mit seiner Frau durch den Alexandergarten gehe und daß derselbe Polizist, der ihn im vorigen Jahre nach der Wache gebracht, weil er in der Trunkenheit geschimpft hatte, kein Polizist mehr sei, sondern ein General und daß dieser General ihm zulächle und ihn einlade, mit in die Schenke zu kommen und das Orgelspiel anzuhören. Und die Orgel spielte und spielte, ganz so wie eine Uhr schlägt. Jemeljan erwachte und hörte, wie die Weckuhr schlug und schnarrte und wie die Wirtin Marja Jakowlewna hinter der Tür hustete. Das Fenster ist nicht mehr so dunkel wie gestern — „daß wir nur nicht verschlafen!“ — denkt er.

Jemeljan steht auf und geht mit bloßen Füßen hinter den Verschlag, um Jascha zu wecken. Dann kleidet er sich an, salbt seinen Kopf mit Haaröl ein, kämmt sich und betrachtet sein Gesicht in einem zerbrochenen kleinen Spiegel.

„Nicht übel,“ spricht er zu sich selbst. „Darum lieben mich auch die Mädchen so sehr. Ich will mich nur nicht mit ihnen abgeben . . .“

Er geht zur Wirtin hinüber. Wie gestern verabredet, hat er ein Stück Pastete, zwei Eier, etwas Schinken und eine halbe Flasche Branntwein in seinem Beutel. Sowie das Morgenrot erscheint, verläßt er den Hof und schreitet mit Jascha in der Richtung nach dem Peterspark davon. Sie wandern nicht allein daher: vor ihnen gehen andere, einige überholen sie, von allen Seiten strömen sie herbei

*) Wir entnehmen vorstehende Erzählung dem bei J. Ladyschnikows Verlag, Berlin, in 8 Bänden erschienenen nachgelassenen Werken von Leo Tolstoi.

Abg. **Kurz** (Soz.) berichtet weiter über die Petition des früheren Schutzmanns Josef Klisch in Mannheim um Gewährung des gesetzlichen Ruhegehalts bezw. um Rechtsschutz. Dieselbe wird nach Unterstützung durch die Abgg. **Kramer** (Soz.) und **Knebel** (Zentr.) empfehlend überwiesen.

Abg. **Schmidt**-Singen (natl.) erstattet Bericht über die Bitte des Schutzmanns Karl Danielowski in Mannheim um Gewährung einer Pension oder Wiederverwendung im Staatsdienste bezw. um Rechtshilfe.

Der Antrag geht auf Uebergang zur Tagesordnung. Die Kommission wünscht aber, daß dem Petenten auf Ansuchen weiterhin eine entsprechende Unterstützung gewährt wird mit Rücksicht auf seine Familie.

Der Antrag wird angenommen, nachdem sich Abg. **Kramer** (Soz.) des Bittstellers angenommen hatte.

Abg. **Ziegelmeyer** (Zentr.) berichtet über die Petition des früheren Schutzmanns Franz Hausschild in Baden um Wiederverwendung. Die Abgg. **Kölblin** (natl.), **Süßkind** (Soz.) und **Vogel**-Mannheim (Fr. Vpt.) legen für den Petenten warme Worte ein und wenden sich insbesondere gegen eine Ueberwachung der Schutzleute durch die Vorgesetzten, die an einen Eingriff in die persönliche Freiheit grenzt.

Ministerialrat **v. Witzleben** rechtfertigt das Verhalten der Behörde. Ein Antrag auf Ueberweisung der Petition zur Kenntnisnahme wird abgelehnt und Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Der gleiche Beschluß erfolgt bezüglich der Petition des Sägers Johann Weißang in Unterharmersbach um Entlassung seiner Kinder aus der Zwangserziehung und um Rechtshilfe, sowie bezüglich der Petition des Militäranwärters Bertold Schirmer in Karlsruhe um Verwendung im Staatsdienst (Ber. für beide Eingaben Abg. Koger).

Namens der Budgetkommission berichtet Abg. **Rebmann** (natl.) über die Petition des Julius Schwab in Mannheim betr. die Besetzung der Lotterie-Einnehmerstellen.

Die Regierung hat erklärt, daß sie geglaubt habe, Leute mit Geschäftserfahrung (Loshändler) anstellen zu sollen. Daneben wurden auch andere Bewerber berücksichtigt. Die Kommission stellt den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, dem debattelos zugestimmt wird. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: nachmittags 4 Uhr. Finanzgesetz, kleine Vorlagen und Anträge.

•

⊙ Karlsruhe, den 12. Juli 1912.

101. Sitzung der 2. Kammer.

Präsident **Rohrhurst** eröffnete die Sitzung um 4¼ Uhr.

Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Rheinboldt, Minister Frhr. v. Bodman, Regierungskommissäre.

Nach Bekanntgabe der Eingänge tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Abg. **Rebmann** (natl.) berichtet im Namen der Budgetkommission über den Gesetzentwurf betr. die Feststellung des Staatshaushaltes —

Finanzgesetz.

Der Berichterstatter bemerkt, er müsse diesmal zu seinem Bedauern das Haus länger in Anspruch nehmen, als das sonst der Fall gewesen sei. Der vorläufige Gesetzentwurf müsse in verschiedener Hinsicht korrigiert werden. Die ordentlichen Einnahmen betragen 99 465 739 Mk., die Ueberschüsse 3 366 997 Mk., der Fehlberag 3 416 666 Mk., der Fehlbetrag im ganzen 6 294 303 Mk., der Rest 1 661 783 Mk. Das Finanzgesetz korrigirt sich nun teils nach den Rechnungsergebnissen während des Jahres, teils nach den Verhandlungen der Kammer und da kommen in Betracht die Veränderungen am Budget und die verschiedenen Nachtragsetats. Das kommt nun alles in den Zahlen zum Ausdruck, die ich Ihnen soeben vorgetragen habe. Der Finanzminister hat damals der der Meinung Ausdruck gegeben, daß die ganze Finanzlage des Landes durchaus gesund sei, und daß bei aller Sparsamkeit und Zurückhaltung doch die Finanzlage des badischen Staates durchaus erträglich sei und ein Anlaß zu ernsthaften Befürchtungen nicht vorhanden sei. Der Finanzminister war damals zu dieser Aeußerung genötigt durch verschiedene Darstellungen der Finanzlage des badischen Staates in der Oeffentlichkeit, in denen die Lage falsch dargestellt war. Wenn wir die Zahlen des ursprünglichen Gesetzentwurfes zur Hand nehmen, so finden wir, daß dort die ordentlichen Ausgaben mit 104 Millionen Mark figurieren, während sie jetzt 109 Millionen Mark betragen, die ordentlichen Einnahmen mit 107 Millionen Mark und jetzt mit 102 Millionen, der Ueberschuß 2,9- Millionen und jetzt 3,6 Millionen. Dagegen hat der außerordentliche Etat eine Verschlechterung erfahren; die außerordentlichen Ausgaben sind von 10,8 auf 11,36 Millionen angestiegen; der eFhlbetrag ist von 6,23 Millionen auf 6,08 Millionen gefallen. Es bleibt noch ein ungedeckter Rest von 1,46 Millionen, d. i. gegen den vorläufigen Gesetzentwurf eine Verbesserung (2,58 Millionen). Der Etat schließt mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 1,66 Millionen ab. Das ist, verglichen mit dem Fahlbetrag der Vorjahre- kein schlechter Zustand. Wir können den Budgetabschluß als einen noch immerhin erträglichen bezeichnen und als den Ausdruck einer an sich gesunden Finanzgebahrung. Die Erfahrungen aller Jahre, auch der letzten Budgetperiode, geben uns die Berechtigung, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Mittel ausreichen werden, den Fehlbetrag zu decken. In Artikel 2 des Gesetzentwurfes wird die Ermächtigung der Eisenbahnverwaltung gewünscht, nach dem 1. Januar 1914 mit den Eisenbahnbauten fortzufahren. Es ist das eine Bestimmung, die wir früher schon wünschten. Die Budgetkommission hat am Finanzgesetz eine Beanstandung nicht erhoben; ich kann nur schließen mit dem Wunsche, Sie möchten dem Gesetzentwurfe Ihre Zustimmung geben.

Abg. **Kolb** (Soz.)

gibt im Namen der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: **Zu Beginn der Landtagssession hat die Regierung eine Erklärung erlassen, daß sie die Sozialdemokratie nicht auf allen Gebieten als gleichberechtigt anerkenne. Die Minister haben dadurch den Boden der Verfassung verlassen. Die Sozialdemokraten folgen daher nur einem Gebote der Selbstachtung, wenn sie das Finanzgesetz ablehnen.**

Abg. **Muser** (F. V.) gibt im Namen seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Wir bedauern die Ablehnung des Budgets durch die zweitgrößte Fraktion des Landtages. Die Verantwortung dafür hat die großh. Regierung zu tragen, die es nicht über sich gebracht hat, der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber diejenige Haltung einzunehmen, die vorgezeichnet war durch die bei Beginn des Landtages (29. Januar 1912) von dem Abg. Kolb abgegebene parteioffizielle Erklärung, sie ständen auf dem „Boden der Verfassung", seien eine „Reformpartei", die auf „allen Gebieten konsequente Reformarbeit" leisten wolle und den „allerbesten Willen habe, positiv mitzuarbeiten". Wenn die sozialdemokratische Fraktion sich an der Lösung der Aufgaben unseres Staates in praktischer Mitarbeit zu beteiligen gewillt war, sich auch wirklich beteiligte und in der Tat durch ihre Mitwirkung das Zustandekommen einzelner wichtiger Gesetze im Sinne der Regierungsvorschläge ermöglichte, dann müßte bei aller Gegensätzlichkeit zur Sozialdemokratie der Fraktion derselben die Reformarbeit erleichtert werden, und man hätte erwarten dürfen, daß auch die großh. Regierung den größten Wert darauf legen würde, die sozialdemokratische Fraktion zum Beharren auf einem Wege zu ermuntern, der im **Interesse einer gesunden politischen und sozialen Entwicklung unseres Vaterlandes nur zu begrüßen ist.** Statt dessen hat die großh. Regierung dieser Partei gegenüber mehrfach den Grundsatz der **Gleichberechtigung aller Staatsbürger dem Staat gegenüber** außer acht gelassen, dadurch die Gefahr einer Unterbindung der oben erwähnten erfreulichen Entwicklung herbeigeführt und der sozialdemokratischen Fraktion, die noch vor zwei Jahren für das Budget stimmte, den bedauerlichen Anlaß gegeben, diesmal das Finanzgesetz abzulehnen. Wir ergreifen den Anlaß, zu erklären, daß der mehrfach hervorgetretene Mangel an Rücksichtnahme auf die politische Konstellation und die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse im Lande und in der zweiten Kammer von Seiten der großh. Regierung unseres Erachtens im Widerspruch steht zur parlamentarischen Tradition in Bagen und auf die Dauer nachteilig auf die politische Entwicklung unseres Landes einwirken muß.

Hierauf wird der Antrag der Budgetkommission angenommen. Der Gesetzentwurf selbst wird in namentlicher Abstimmung mit 53 gegen 19 (sozialdemokratische) Stimmen angenommen.

Abg. **Maier** (Soz.) berichtet im Namen der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf, betr. die Vereinigung der Gemeinde **Sandhofen mit der Stadtgemeinde Mannheim.** Die Kommission beantragt, der Gesetzesvorlage in der Regierungsvorlage die Zustimmung zu erteilen und über den Gesetzentwurf in abgekürzter Form zu beraten.

Abg. **Geiß** (Soz.) bittet das Haus, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu geben. (Der Redner bleibt auf der Tribüne im großen und ganzen unverständlich.)

Abg. **Bechtold** (Soz.) bittet die Kammer ebenfalls, für den Gesetzentwurf zu stimmen. Weiter gibt der Redner dem Wunsche Ausdruck, daß die Eingemeindung Sandhofens mit Mannheim der Einwohnerschaft der beiden Gemeinden zum Segen gereichen mögen.

Damit ist die allgemeine Beratung geschlossen.

Der Gesetzentwurf wird sodann in namentlicher Abstimmung mit allen abgegebenen Stimmen einstimmig angenommen.

Petitionen.

Abg. **Seubert** (Ztr.) berichtet im Namen der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über die Petition des **Bürgervereins der Oststadt Karlsruhe** um Errichtung einer Haltestelle an der Durlacher Allee. Die Kommission beantragt, die Petition der großh. Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Vizepräsident **Geiß** teilt mit, daß ein Antrag Dr. Frank eingegangen sei, nach welchem die Petition der Regierung empfehlend überwiesen werden soll.

Abg. **Dr. Frank** (Soz.) begründet den Antrag.

Abg. **Rebmann** (natl.) unterstützt diesen Antrag und betont die Notwendigkeit der Errichtung eines Bahnhofes Karlsruhe-Ost.

Abg. **Geppert** (Zentr.) erklärt, die Kommission sei deshalb nicht zur empfehlenden Ueberweisung der Petition gekommen, weil die Petenten noch nicht mit sich im reinen seien, wohin die Haltestelle kommen solle.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abgg. Dr. **Frank** (Soz.) und **Seubert** (Zentr.) wird der Antrag Frank angenommen und der Kommissionsantrag abgelehnt.

Abg. **Neck** (natl.) berichtet im Namen der gleichen Kommission über die Petition der Gemeinde Uiffingen um Errichtung einer Haltestelle an der Bahnlinie Heidelberg—Würzburg. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung.

Abg. **Leiser** (natl.) bemerkt, diese Petition habe das Haus schon sehr oft beschäftigt; die Regierung sei trotz der wiederholten empfehlenden Ueberweisungen doch immer auf ihrem ablehnenden Standpunkt stehen geblieben. Hoffentlich mache sie nun ernst.

Abg. Dr. **Zehnter** (Zentr.) unterstreicht die Ausführungen des Vorredners.

Ministerialdirektor Dr. **Schulz** entgegnet, die Regierung könne aus Betriebsrücksichten in Uiffingen keine Haltestelle errichten; sie könne die Verantwortungl nicht auf sich nehmen.

Abg. **Banschbach** (kons.) unterstützt die Ausführungen des Abg. Leiser.

Der Kommissionsantrag wird sodann einstimmig angenommen.

Abg. **Duffner** (Zentr.) berichtet namens der gleichen Kommission über die Petition der Gemeinderäte Hintschingen und Mauenheim um Errichtung einer Güterstation in Hintschingen. Die Kommission beatnragt empfehlende Ueberweisung.

Abg. **Hilbert** (natl.) unterstützt diese Petition nachdrücklichst und ersucht die Regierung, in Hintschingen recht bald eine Güterstation zu errichten.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. **Weber** (Soz.) berichtet namens der gleichen Kommission über die Petition der Gemeinden Untergrombach, Büchenau und Obergrombach, das Halten des Zuges Nr. 908 in Untergrombach betr. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung. Die in der Petition niedergelegten Wünsche werden unterstützt von den Abgg. **Ziegelmeyer** Zentr.), **Wiedemann** (Zentr.) und **Kurz** (Soz.), worauf der Kommissionsatnrag angenommen wird.

Abg. **Morgenthaler** (Zentr.) berichtet über die Petition der Gemeinden Oensbach, Mösbach und Wagshurst um Errichtung einer Güterstation in Oensbach. Die Kommission stellt den Antrag, die Petition der Großh. Regierung in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß mit der Erstellung eines Aufnahmegebäudes die Errichtung einer Güterstation verbunden wird.

Die Abgg. **Neck** (natl.) und **Geppert** (Zentr.) befürworten die Wünsche der Petenten.

Der Antrag findet Annahme.

Abg. **Duffner** (Zentr.) berichtet über die Petition der Gemeinde Böhringen um Errichtung einer Haltestelle in Reuthe, Gemeinde Böhringen. Der Kommissionsantrag auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme wird nach befürwortenden Bemerkungen des Abg. **Büchner** (Zentr.) angenommen.

Abg. **Leiser** (natl.) berichtet über die Petition des Komitees für Erbauung einer elektrischen Bahn von Ebersbach nach Mülben, um Erstellung dieser Bahn. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung.

Die Abgg. **Maier** (Soz.), **Dieterle** (Zentr.) und Dr. **Koch** (natl.) unterstützen die Petition. Sodann wird der Kommissionsantrag einstimmig angenommen.

Darnach wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Samstag vormittag 9 Uhr. — Tagesordnung: Petitionen.

Schluß gegen 8 Uhr.

— Männer, Frauen, Kinder, alle fröhlich und geputzt, alle dem einen Ziele zueilend. Nun haben sie das Chodynkafeld erreicht. Das ganze Feld wimmelt bereits von Menschen. An vielen Stellen steigt Rauch auf. Der Morgen war kalt und die Leute hatten Aeste und Holzscheite herangeschleppt und Feuer angelegt. Jemeljan hatte seine Kameraden getroffen; sie zündeten ein Feuer an und holten die mitgebrachten Eßwaren und den Branntwein heraus. (Forts. folgt.)

Literatur.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

„Der Naturarzt", 40. Jahrg., Nr. 7 (Auflage 160 500). Red.: Dr. med. Schönenberger u. W. Siegert. Exped.: Berlin SW. 11. Preis jährl. 3 Mk. Probe-Nr. frei. — Aus dem Inhalt: Dr. med. Fr. Schönenberger, Berlin: Sonnenbehandlung. — Epileptische Krämpfe. Erlebtes von S. W. in H. — Oberlehrer S. in M.: Der Badehosenanzug — eine unhygienische Anordnung. — Dr. med. Philalethes: Rationelles Vorgehen in der Impfzwangfrage. — Fr. Boucke: Etwas für die Alten. — Oskar Mummert: Die 10. Bundesversammlung in Frankfurt am Main Pfingsten 1912. — Sammelmappe: Diät für Gichtkranke. — Jod als „Heilmittel". — Die Gefährlichkeit des Salvarsans. — Ueber Haarschwund und Glatze — usw. Aus der Zeit: Errichtung von Fruchtstuben. — Der Einfluß des Alkohols auf die Kriminalität — usw. — Beilage: Für unsere Frauen und Mütter: Dr. med. Lohmann: Ueber akute und chronische Verstopfung mit besonderer Berücksichtigung des weiblichen Geschlechts. — Frauen und Gallensteine. — Der Sandhaufen. — Ist Rhabarber gesund? — Das billigste Volksernährungsmittel. — Mutterküchen. — Stilldauer und Säuglingssterblichkeit — usw.

Arbeiter-Turnerbund und Deutsche Turnerschaft.

(Von einem freien Turner.)

Eine Niederlage für unsere „liberale" Regierung und die von ihr protegierte Deutsche Turnerschaft brachte die Kammersitzung des badischen Landtages vom letzten Samstag. Der Standpunkt der Regierung, zu den staatlichen Unterrichtskursen für Turnwarte nur solche der Deutschen Turnerschaft zuzulassen und die der Arbeiter-Turnvereine nicht, fand erfreulicherweise keine Mehrheit. Die Arbeiterturnvereine sollten von der Teilnahme an diesen Kursen ausgeschlossen sein, weil sie „sozialdemokratisch" seien. Das ist die Ansicht der Regierung und ihrer schwarzblauen Handlanger. Minister Dr. Böhm holte an diesem Tage seine Waffen gegen die Arbeiterturner aus dem Arsenal der preußischen Staatsanwälte, und der Deutschen Turnerschaft, denn ganz dieselben Schlager sind es, die herhalten mußten, um die Arbeiterturnvereine als „sozialdemokratische Organisationen" von derselben Seite aus hinzustellen. Aber von Beweisen keine Spur.

Daß das Zentrum für die 1500 Mk. zu haben war, ist ja nur auf seine heuchlerische Taktik zurückzuführen, denn sonst war es dem Turnen gegenüber nie besonders hold, oft sogar feindlich gesinnt. Bei der Beratung der Volksschulgesetznovelle im Jahre 1908 haben die Vertreter dieser Partei den Standpunkt vertreten, daß das Turnen und die Spielnachmittage wenigstens für das Land vollständig überflüssig seien. Herr Abg. Röckel meinte sogar, der Turnunterricht sei schon deshalb zu beseitigen, weil auf dem Lande die Kinder schon um 4 Uhr morgens zur Arbeit müßten und durch das Turnen nur ermüdet werden. Also anstatt Verbot der Kinderausbeutung fordert dieser Herr Unterlassung des Turnens. Mit der Turnerfreundlichkeit des Zentrums ist es also nicht weit her und Minister Dr. Böhm darf auf seine Gefolgschaft nicht besonders stolz sein.

Daß die Arbeiterturnvereine keine sozialdemokratischen Organisationen sind, wurde von mehreren Rednern klargelegt. Und sie sind es auch nicht. Der Hauptgrund, warum der Arbeiterturnerbund gegründet wurde, liegt darin, daß nach und nach die Deutsche Turnerschaft ihre alten demokratischen Prinzipien verlassen und sich die Pflege des Hurra-Patriotismus als oberste Richtschnur genommen hat. Weiter wurden infolge konsequenter Durchführung der „neuen, unter Fürstengunst strahlenden Richtung" — im Gegensatz zu früher — solche Mitglieder ausgeschlossen, die sich zur Sozialdemokratie bekannten, was noch näher beleuchtet werden muß. Lassen wir der Turngeschichte kurz das Wort.

Wie unsere Arbeiterturnvereine unter dem Drucke der heutigen Behörden zu leiden haben, so verfielen in den Anfängen der Turnerei, in der Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands durch Napoleon, die Turnvereine den Schikanen der damaligen Regierungen. Turnvater Jahn selbst wurde am 13. Juli 1819 verhaftet und in den Kerker geworfen. Nach 6 Jahren mußte er jedoch aus Mangel an genügenden Beweisen vom Oberlandesgericht in Frankfurt a. O. freigesprochen werden. Das Turnen wurde verboten, ja selbst das Wort „Turnen" durfte nicht mehr ausgesprochen werden. Erst im Jahre 1842 wurde das Turnen wieder „gestattet", und zwar von Friedrich Wilhelm IV. Nur wenigen Vereinen war es aber vergönnt, sich während dieser Zeit über Wasser zu halten. Die neuen Vereine nahmen, dem Zug der Zeit folgend, neben dem Turnen freisinnige politische Tätigkeit auf, während die alten jeder Tätigkeit außerhalb des Turnbetriebs entsagen mußten. So „regierten" die damaligen Behörden. Die Revolutionszeit brach so nach und nach heran und einem Aufruf der Hanauer Turner folgend, trafen am 3. April 1848 die Delegierten von 45 Vereinen bewaffnet zu einem Turntag in Hanau ein. Jahn selbst war erschienen und munterte die Turner auf. Ein Bund wurde gegründet und allen Mitgliedern empfohlen, sich, so weit möglich, zu bewaffnen und mit den Volkswehren sich zu verbinden. Die Turner nahmen auch tatsächlich regen aktiven Anteil an den 1848/49er Freiheitskämpfen. Neue Unterdrückungen seitens der Behörden folgten.

Im Jahre 1861 tagte in Gotha ein Kongreß, um eine große, deutsche Turnerschaft zu gründen, aus der nun die heutige Deutsche Turnerschaft entstand. Der heutige Führer und Militärschwärmer Dr. Götz wetterte im selben Jahre gegen die Wehrvereine und sagte u. a.: „Wer Hand in Hand mit der schwieligen Faust des Armen einer besseren Zukunft entgegengeht, hat mehr zu tun, als Adressen zu schreiben (gemeint sind Huldigungsadressen an die Fürsten. D. V.), seinen Pfennig für vertrauenvolle Kanonenboote zu steuern, der hat keine Zeit zum Soldatenspielen". Ihr guten „Teutschen", wie wirds Euch, wenn Ihr diese Sätze mit den Aussprüchen eueres Dr. Götz von heute vergleicht? Dieser Mann, der vor 1870 den Militarismus als „ein an Volkskraft und Geld des Volkes zehrender Schaden" bezeichnete und Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer verlangte, hat nach 1870 alle Forderungen der Regierung für Heer und Flotte bewilligt. Heute wird sogar seitens der Deutschen Turnerschaft eine Zeitung fürs Militär herausgegeben. Solche Beispiele könnten noch genug aufgeführt werden, doch der Raum gestattet es nicht.

Der Umschung gestaltete sich von 1868 ab. Glückwunschschreiben mit unterwürfigstem Inhalt wurden an den Kaiser gesandt und die Liebedienerei der Regierung gegenüber nahm den Anfang. Die sozialdemokratische Partei zu bekämpfen, wurde als Hauptaufgabe bezeichnet. Das Sozialistengesetz wurde beschlossen; Dr. Götz stimmte im Reichstage selbst dafür, was von vielen Vereinen gutgeheißen wurde. Schon hier wäre sicherlich der Grundstein zu einer Freien Turnerschaft gelegt worden, wenn nicht das Sozialistengesetz ins Leben getreten wäre. Unter dem Schutze dieses Schandgesetzes gedieh die Deutsche Turnerschaft vorzüglich. Ist es angesichts dieser Tatsachen für die der Deutschen Turnerschaft angehörenden Gewerkschafts- und Parteigenossen nicht eine Schande, einer solchen Arbeiterverrätergesellschaft anzugehören?

Wir könnten Beispiele genug anführen, wie Sozialdemokraten und Gewerkschafter aus der Deutschen Turnerschaft ausge-

schlossen wurden wegen ihrer Zugehörigkeit zur politischen oder gewerkschaftlichen Organisation oder weil sie sozialdemokratisch wählten. Es seien nur einige angeführt:

1. „In Neugersdorf i. S. wurde 1895 ein Mitglied ausgeschlossen, weil der Turner sich von den Arbeitern in den Gemeinderat wählen ließ."

2. „1897. In Wangen i. Allgäu wurde der Turnwart Hohl ausgeschlossen, weil er sich zum Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins wählen ließ."

3. „Eine Spaltung im Turnverein Bernsdorf erfolgte 1900 dadurch, daß 45 Mitglieder vom Turnwart vor die Alternative gestellt wurden, innerhalb 3 Tagen aus dem Glasarbeiterverband auszutreten, widrigenfalls sie aus dem Turnverein ausgeschlossen werden."

Angesichts solcher Vorgänge soll der Arbeiterturnerbund nicht notwendig gewesen sein? Uns fällt es aber gar nicht ein, eines dieser Beispiele als ausschlaggebenden Kardinalpunkt zu betrachten, denn die ganze Tendenz der Deutschen Turnerschaft ist Grund genug für die Existenzberechtigung des Arbeiterturnerbundes. Wie es mit der sozialen Stellung der Wortführer und Abgeordneten auf den deutschen Turntagen aussieht, ergibt sich am besten aus der Zusammensetzung des deutschen Turntags in Worms im Jahre 1907.

Gut neun Zehntel der Madatore gehörte zu den akademisch Gebildeten, während das übrige Zehntel dem gewöhnlichen Bürgerstande angehörte. Die Deutsche Turnerschaft besteht aus ⅔ Angehörigen, die auf das Wort „Arbeiter" Anspruch erheben, während ⅓ aus Personen besteht, die schon bei der Geburt sehr viel Glück bei der Auswahl der Eltern hatten. Als auf diesem Turntage der Delegierte Stadtmüller aus Offenbach einen Antrag des Maingaues begründen wollte, der kurz besagte, daß dem Vorstande aufgegeben wird, solche politische Machinationen zu unterlassen, wie sie in Nr. 1 der Turnzeitung geschehen (Dieselben richteten sich gegen die Sozialdemokratie. D. V.), da sie den Grundsätzen der Deutschen Turnerschaft widerspreche, so entstand ein solcher Tumult, daß der Redner sich gezwungen sah, das Rednerpult zu verlassen. Statt diesen Mann anzuhören, wie es sich für anständige Leute geziemt, wurde dafür über die Sozialdemokratie losgezogen. Aber trotz alledem ist die Deutsche Turnerschaft „neutral". Stadtmüller hatte auf dieses hin seinen Austritt erklärt, nachdem er 25 Jahre lang seine Kraft seiner nutzlosen Sache, nach seiner eigenen Angabe, geopfert hat.

Auch auf dem Vertretertag in Straßburg 1910 wurde offen der Kampf gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen, um insbesondere die Jugend derselben zu entreißen.

Daß der Kurs der Deutschen Turnerschaft immer weiter nach rechts geht und stetig ein reaktionärerer wird, um ja „oben" gutes Ansehen zu haben, dürfte ziemlich jedem klar sein. Ja selbst die Turnfeste werden „reorganisiert". Fürstenhoche und Huldigungstelegramme sind schon etwas veraltet, deshalb muß etwas Neues, dem Zug der Zeit folgend, geschehen: Jetzt werden nämlich Feldgottesdienste bei den Turnfesten eingeführt, wie z. B. beim Kreisturnfest in Perleberg. Die Pfadfinderbuben machens ja auch, ja warum sollte dies für unsere „teutschen Mannen" nicht dienlich sein, getreu dem Turnerspruch: Frisch, fromm, fröhlich, frei!? Vielleicht hat die badische Zentrumsfraktion aus diesem Grunde für die 1500 Mark gestimmt.

Man sieht, welche Umwandlung in der Deutschen Turnerschaft vor sich ging und wie notwendig es war, den Arbeiterturnerbund zu gründen, damit auch die Volksgenossen, die noch ein Rückgrat und einen Sinn für Fortschritt haben, einer Organisation beitreten können, wo eben für solche Komödien, wie hier angeführt, kein Platz ist.

(Schluß folgt.)

Badische Politik.

Zur Ablehnung des Budgets

schreibt die „Badische Landeszeitung" bezw. die „Nationalliberale Korrespondenz": „Eine leere Demonstration. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat in der gestrigen Sitzung der Budgetkomission der Zweiten Kammer erklären lassen, daß sie gegen das Finanzgesetz stimmen wird. Ob die sozialdemokratische Fraktion damit einen klugen Schritt tut, mag dahingestellt bleiben. Nachdem sie während des ganzen Landtags an der Schaffung aller Gesetze praktisch mitgearbeitet hat und nachdem sie das Budget sämtlicher Ministerien sowie die drei Nachtragsbudgets genehmigt hat, kann dieser Schritt als nichts anderes denn eine leere Demonstration bezeichnet werden, der vielleicht zurückzuführen ist auf die scharfen Angriffe seitens einzelner Minister gegen die sozialdemokratische Partei, der damit aber keineswegs entschuldigt werden kann. In seiner Wirkung wird dieser Schritt nichts anderes bedeuten als eine Stärkung der Position der Rechtsparteien. Er zeigt auch, daß die Sozialdemokratie noch lange nicht aus den Kinderschuhen herausgewachsen ist, denn sonst hätte sie gerade bei dieser Gelegenheit den Blick auf die politische Situation wenden müssen, die alles andere erfordert, als ein Verhalten, wie es jetzt von der sozialdemokratischen Fraktion geübt wird. Wir glauben auch nicht, daß diese Haltung der Sozialdemokraten beim badischen Volk ein Verständnis finden wird; ja, man muß sogar sagen, daß sie wie der Ausdruck der Angst vor dem sozialdemokratischen Parteitag aussieht. Das wirft nun wirklich kein gutes Licht auf die Unabhängigkeit der badischen Sozialdemokraten. Inwieweit diese Haltung für die badische Landespolitik von Einfluß sein wird, kann heute noch nicht übersehen werden. Es ist auch müßig, jetzt am Schlusse des Landtags hierüber Betrachtungen anzustellen."

Diesen Artikel hätten sich die Herrschaften sparen können, ebenso wie ihren schlotternden Entschuldigungsartikel wegen der Münchener Gesandtschaft. Nicht die Sozialdemokratie steckt in den Kinderschuhen, sondern unsere ganze konstitutionelle Staatsauffassung ist noch nicht aus den Kinderschuhen herausgewachsen, sonst könnte sich der heutige Staat nicht in so offenen und feindseligen Gegensatz zur Sozialdemokratie stellen. Was hat sich im Grund genommen der konstitutionelle Staat überhaupt mit den Zielen dieser oder jener Partei zu befassen. Er soll Ausführungsorgan des Volkswillens sein, weiter nichts, die Richtung des Willens geht ihn eigentlich gar nichts an. Die Ablehnung des Budgets durch die sozialdemokratische Fraktion ist allerdings so lange eine „leere Demonstration", solange derselben durch eine entsprechende Mehrheit nicht praktische Bedeutung verliehen ist. Aber sollen wir dieser Regierung des Ministeriums Dusch, die so offenkundig und rückhaltlos die Konstitution mit Füßen tritt und sich in vasallischer Abhängigkeit der Rechtsparteien zeigt, noch durch Bewilligung des Budgets ein Vertrauensvotum erteilen? Das wäre des Guten etwas zu viel und menschlich wie politisch nicht zu begreifen. Dem Votum des Volkes können wir mit Ruhe entgegensehen.

Zentrumstoleranz.

Wie unsere Leser wissen, ist der seitherige Leiter der Offenburger Oberrealschule, der Zentrumsmann Metzger, wegen seiner wiederholten schweren Mißgriffe bei Ausübung der Schuldisziplin außerhalb der Anstalt auf seinem Posten unmöglich geworden und muß nun seitens des Unterrichtsministeriums durch einen andern ersetzt werden. Das Offenburger Zentrum hatte sich mit Herrn Metzger bekanntlich solidarisch erklärt und seine Belassung auf dem Posten mit allen Mitteln, zuletzt sogar mit dem bekannten Racheakt an Oberbürgermeister Herrmann, zu erzwingen versucht. Jetzt, nachdem sich dies als aussichtslos erwiesen, gehen die Schwarzen bereits an die Arbeit, den neuen Schulleiter bei der Bevölkerung zu verdächtigen. In der Nr. 153 der schwarzen „Offenburger Zeitung" vom 10. Juli lesen wir folgende redaktionelle Notiz:

Oberrealschule. Herr Professor Lang an der Oberrealschule in Pforzheim, der, wie wir berichteten, für die Stelle des Direktors in Offenburg ausersehen sein soll, ist der Vorstand des Jungliberalen Vereins in Pforzheim und für die Nationalliberale Partei hervorragend tätig. Bezeichnend ist es, daß der sozialdemokratische „Volksfreund" zuerst in der Lage war, die Nachricht von der Berufung Professor Langs zu veröffentlichen.

Was soll mit dieser Notiz denn nun eigentlich bezweckt werden, wenn nicht eine grobe Verdächtigung der Regierung, als ob sie mit Absicht einen „Jungliberalen" nach dem schwarzen Offenburg bringen wolle, und eine Stigmatisierung des neuen Direktors als ausgesprochenen Gegners der Offenburger Zentrumsbürger, die ihre Söhne in seine Anstalt schicken!? Daran, daß der seitherige Leiter der Oberrealschule ein ausgesprochener Zentrumsmann war, hatte man in der „Offenb. Ztg." natürlich nichts auszusetzen, obwohl die Mehrheit der Stadt nicht zur Zentrumsfahne schwört; daß aber ein Liberaler auf seinen Posten kommt — nein, das ist ein Skandal, über den sofort Radau geschlagen werden muß, selbst auf die Gefahr hin, daß man die Stellung des neuen Mannes den Schülern wie den Eltern gegenüber von vornherein aufs schlimmste untergräbt. Die „Toleranz" der Zentrumsleute kennt in der Theorie keine Grenzen, nur darf man sie nicht auf die praktische Probe stellen.

Die Ablehnung der Teuerungszulage an Beamte.

Wie der Mannheimer „Volksstimme" aus Karlsruhe berichtet wird, ist die Ablehnung der Teuerungszulagen an Beamte seitens der Regierung im Einvernehmen mit den Regierungen aller übrigen Bundesstaaten des Reiches erfolgt und zwar mit der Begründung, daß zwar eine Preissteigerung einiger Lebensmittel zugegeben werden müsse, daß diese Not aber auf allen Berufsständen laste und zwar auf dem kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden noch mehr, als auf dem Beamten, der regelmäßig zu gewissen Zeitpunkten sein Gehalt bekomme, kein geschäftliches Risiko laufe und durch die Pensionsberechtigung zudem gegen Alter und Arbeitsunfähigkeit gut versichert sei.

Man kann dieser Begründung eine gewisse Berechtigung nicht versagen, obwohl wir es gerne gesehen hätten, daß man bei den unteren Beamten mit einem andern Maßstab mißt, wie bei den mittleren und oberen.

Gewerkschaftliches.

Der Lohnstreik der Tabakarbeiter bei der Firma G. Bodenheimer in Stuttgart, mit ihren Filialen in Walldorf (Baden) und Schönaich in Württemberg ist aufgehoben. Die Ursachen für Aufhebung des Kampfes liegen darin begründet, daß die zentrümlichen Arbeiter in Walldorf in Arbeit traten und Rausreißerdienste verrichteten. Darob wurden auch einige Streikende vom christlichen Verband kopfscheu und agitierten für die Aufnahme der Arbeit. Sie hatten auch bei zwei unaufgeklärten weiblichen Streikenden mit ihrer Unterminierarbeit Glück und nahmen die Arbeit auf. Außer diesen arbeiteten die in der Stuttgarter Sortierabteilung beschäftigten Personen weiter, trotzdem für genügende Information gesorgt war. Dieses Verhalten kann nicht scharf genug verurteilt werden. Unter solchen Umständen beschlossen die organisierten Streikenden, weil ein Erfolg aussichtslos, den Streik aufzuheben. Die in Schönaich auf der Strecke gebliebenen konnten zum Teil bei der dortigen tariftreuen Firma Jakob Ulmer (Zisch) eingestellt werden, welche sich damit wieder als Schutzfirma für organisierte Kollegen erwiesen hat.

Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes
Zahlstelle Schönaich (Württemberg).
J. A.: Christian Wagner.

Der Generalstreik in Zürich.

Zürich, 12. Juli. **Der bereits angesagte 24stündige Generalstreik hat gestern stattgefunden. Der Streik galt als Protest gegen das vom Stadtrat beschlossene und vom Polizeipräsidium erlassene Streikposten-Verbot und die Einfuhr berufsmäßiger Streikbrecher anläßlich des Maler- und Schlosser-Streiks. Der Stadtrat gibt bekannt, daß er von der Regierung gedrängt worden sei, ein Verbot des Streikpostenstehens im Bereiche der bestreikten Schlosserfirmen zu erlassen. Für den Fall, daß er sich weigere, das zu tun, drohe die Regierung mit weit schärferen Maßnahmen, das heißt mit dem in der Schweiz üblich gewordenen Militäraufgebot gegen die Streikenden. Die Streikenden sind in letzter Zeit durch das provokatorische Auftreten der Hintzeschen Streikbrecher, die bereits mehrere Streikende angeschossen haben, furchtbar gereizt worden. Die Streikbrecher selbst jedoch, die in Wirtschaften und auf der Arbeitsstelle mit den ihnen gelieferten Revolvern, Dreikantfeilen, Gummischläuchen und Dolchen renommieren, auch wiederholt unbeteiligte Personen schwer verletzt haben, erfreuen sich eines geradezu preußischen Schutzes durch die Behörden. Die Arbeiter-Union Zürich, die Vertretung der gesamten politischen, gewerkschaftlichen und anderen Arbeitervereine, hat bereits erklären lassen, daß sie sich diesmal die Provokationen nicht mehr wie bisher willenlos gefallen lassen werde.**

*

Man schreibt uns hierzu aus Zürich:

Während am Donnerstag abend viele tausend Arbeiter das Volkshaus umstanden, berieten oben im großen Saale die Vorstände der Gewerkschaften, Parteivereine, Zentralverbände, sowie die Delegierten der Arbeiterunion, rund 425 Personen, die Frage des Proteststreiks gegen die Landesregierung und ihr provokatorisches Vorgehen gegen die streikenden Schlosser. Fast alle Verbände, sogar das Kartell der städtischen Beamten und Arbeiter, dem auch die Straßenbahner angehören, hatten zugestimmt, ebenso die soz. Lehrervereinigung, das Verkehrspersonal, die Handels- und Transportarbeiter, die Eisenbahnwerkstättearbeiter, die 3000 Italiener auf den Hoch- und Tiefbauten, und natürlich die sämtlichen großen Gewerkschaften. Der Stadtrat hatte im Laufe des Donnerstag die Paragraphen 224 und 225 des Strafgesetzbuches anschlagen lassen. Diese verbieten den städt. Angestellten indirekt das Streiken, rauben also 3000 städtische Proletariern das Koalitionsrecht. Die Regierung hatte inzwischen eine Extrasitzung abgehalten, um die Frage des Militäraufgebots zu beraten und aus der Umgegend wurde die Polizei mobil gemacht. Aber alles das beirrte die Delegierten der unten wartenden Massen nicht: Unter nicht endenwollendem Jubel wurde beschlossen, den Generalstreik sofort zu proklamieren und noch in der Nacht die Vorbereitungen dazu zu treffen. Zehn Minuten später flatterten 30 000 deutsche und italienische Flugblätter in die Stadt hinein. Der Vorstand der Union tagt in Permanenz. Er ließ erklären, daß er die Verantwortung für den Streik übernehme, aber er erwarte bestimmt, daß die Genossen für Ruhe und strengste Disziplin sorgen, damit nicht die Gegner Ursache haben, über das Verhalten der Feiernden Klage zu führen. Insbesondere wurde vom Vorstand jede Extraaktion, das tätliche Angreifen von Streikbrechern und Polizisten streng verboten und die Delegierten stimmten ihm zu. Die Vertreter der Straßenbahner ließen erklären, daß, wenn vor dem Depot hunderte von Arbeitern ständen, sie sich den Weg in die Depots nicht zu erzwingen suchen, sondern wieder nach Hause gehen würden. Dasselbe täten sie, wenn ev. in der Frühe die Miliz die Depots besetzt halten sollte. Dagegen hat der Vorstand Vorsorge getroffen, daß das Personal der Krankenhäuser und der Wohlfahrtspflege weiterarbeitet.

Um 6 Uhr früh. Sämtliche Straßenbahner streiken. Die Depots sind vom Publikum umlagert. Sämtliche großen Fabriken bleiben leer, ebenso die Bauten — es scheint, als wolle die Durchführung imposanter werden, als man zu hoffen gewagt hat. Die Polizei steht ruhig neben den Feiernden, Militär ist noch keines zu sehen. Die Unternehmer beraten über ev. Aussperrungen, namentlich die Metallindustriellen drohen mit einer achttägigen Aussperrung. Die Stimmung ist aber überall eine begeisterte und auch das Bürgertum scheint zu einem Teil mit den Streikenden zu sympathisieren. Soeben werden die Warenhäuser mit Streikposten besetzt . . .

Soziale Rundschau.

12 Wohnungen für Schweizer in Groß-Berlin. Unter diesem Titel gibt der Vorstand des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter eine in Broschürenform gehaltene Flugschrift heraus, die einen Beitrag zum Kampf gegen das Kost- und Logiswesen darstellt. Auf 12 Illustrationen ist das Wohnungselend der Stallschweizer oder Melker in Berlin und den Vororten gezeigt. Die beigegebenen Erläuterungen zeigen in knappen Schilderungen die Kost- und Lohnverhältnisse dieser für die Ernährung der Großstadtbevölkerung, namentlich der Kinder, so wichtigen Berufsschicht. Im Stall und Heuboden, in Kellerlöchern und Korridorwinkeln müssen die Arbeiter in Schmutz und dumpfer Luft kampieren, die für die Milchproduktion eines sehr großen Teiles der Berliner Bevölkerung in Betracht kommen. Die 12 Bilder und ihre textlichen Ergänzungen reden eine derart eindringliche Sprache, daß kein Einsichtiger sich der Forderung auf rücksichtslose Beseitigung solcher menschenunwürdigen Zustände verschließen kann.

Aus der Partei.

Die Reorganisation der Partei beschäftigte die Genossen von Leipzig am Dienstag abend in einer Parteiversammlung des 12. und 13. Kreises. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Anträge angenommen:

Im § 5 des Entwurfes der Reorganisationskommission die Worte „monatlich 40 Pf. oder" und „monatlich 20 Pf. oder" zu streichen.

Mit der Aufhebung des Frauenbureaus und der Vertretung der Reichstagsfraktion auf den Parteitagen erklärt sich die Versammlung einverstanden; dem Parteitag soll es überlassen bleiben, die Stärke der Vertretung festzusetzen.

Den in den §§ 20, 21 und 22 des Entwurfes vorgesehenen Parteiausschuß lehnt die Versammlung ab und beantragt:

1. den Parteivorstand um fünf unbesoldete Beisitzer zu vermehren, die vom Parteitag zu wählen sind;

2. die Kontrollkommission zu erweitern und ihr politische Funktionen zuzuweisen.

Angenommen wurde ferner ein Antrag Geyer, den gegenwärtigen § 19, Abs. 3 des Organisationsstatuts (Einberufung der Bezirksvorstände) im Statut zu belassen.

Ferner wurde angenommen ein Antrag, den Parteitag 1913 in Leipzig abzuhalten, wo vor 50 Jahren die Partei ins Leben gerufen wurde.

Forchheim, 10. Juli. Die jährliche Generalversammlung, die letzten Samstag in der „Lokalbahn" stattfand, nahm einen interessanten Verlauf. Zunächst erstattete Gen. Heil den Bericht von der Vorständekonferenz in Durlach. Den dort gefaßten Beschlüssen wurde einstimmig zugestimmt; aber gleichzeitig auch bedauert, daß die sogenannten „Landeskonferenzen" bald System werden. Zum zweiten Punkt sprach der Vorsitzende Gen. Leicht über die Einführung des Wochenbeitrags. Er hob hervor, daß die Gründe, die uns damals von der Einführung abhielten und hauptsächlich lokaler Natur waren, heute als gewissermaßen erledigt betrachtet werden können. Er stellte es in das Ermessen der Mitglieder, nunmehr über die Einführung zu bestimmen. Die Abstimmung ergab die letztere. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß der Verein auch im verflossenen Jahre gut gearbeitet hat, was die Zunahme von Mitgliedern für den Verein wie auch der Abonnenten der Parteipresse beweise. Die verschiedenen Wahlen haben wir mit Erfolg bestanden und wäre zu wünschen, daß auch in Zukunft in dem Geiste der Zusammengehörigkeit gearbeitet werde. Der Bericht des Kassierers lautete ebenfalls günstig und wurde demselben Entlastung erteilt. Erst der Punkt „Neuwahl" rief eine zum Teil leidenschaftlich bewegte Debatte hervor. Es zeigte sich, daß einzelne Parteigenossen nicht umhin können, fortgesetzt gegen die Verwaltung zu arbeiten, obgleich sie an der Parteitätigkeit derselben nicht das Geringste auszusetzen vermochten. Dieses Gebahren wurde entsprechend verurteilt. Die alte Verwaltung nahm daraufhin die Wiederwahl an. Gen. Fütterer wurde anstelle des bisherigen zweiten Vorsitzenden und Gen. Kistner als Diener gewählt. Die beiden hatten eine Wiederwahl abgelehnt. Die Diskussion über den bevorstehenden Parteitag wurde zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Alsdann wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Gen. Heil als Delegierter gewählt und zum Schlusse noch die Arbeitseinteilung zum bevorstehenden Kinderfest vorgenommen. Hierauf folgte in vorgerückter Stunde Schluß der Versammlung.

Querbach, 12. Juli. Die für Sonntag, 14. Juli, nachm. ½4 Uhr angesetzte Volksversammlung findet ebenso wie die um 2 Uhr beginnende Mitgliederversammlung, nicht wie irrtümlich in der Notiz in der Donnerstagnummer angegeben wurde, im „Ochsen", sondern in der „**Sonne**" in Querbach statt.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Abhaltung eines Volksfestes durch die vereinigten Arbeitervereine.** Zu unserm Artikel in Nr. 159 des „Volksfreund" schreibt uns das Bezirksamt: „Die in Nr. 159 des „Volksfreund" S. 5 abgedruckte Mitteilung aus Durlach enthält hinsichtlich der Stellungnahme des Bezirksamts zu dem Volksfest der vereinigten Arbeitervereine die Angabe, das Bezirksamt habe es im Einvernehmen mit dem Bürgermeisteramt für notwendig gehalten, „für dieses Jahr alle derartigen Feste, sei es von irgendwelcher Korporation, rundweg abzulehnen" und erwähnt dann weiter, das Volksfest, das am kommenden Sonntag stattfinden sollte, sei „verboten" worden. Diese Darstellung des Sachverhalts ist nicht zutreffend; das Bezirksamt hat weder das Volksfest des „Arbeiter-Bundes Vorwärts" noch ein von anderer Seite beabsichtigtes Volksfest abgelehnt oder verboten, sondern den Vereinsvorständen nur im Allgemeinen eine Anordnung vom Jahr 1909 in Erinnerung bringen lassen, wonach bei sogen. Wald- und Wiesenfesten Glücksbuden (Glückshafen und ähnl. Ausspielungen) nicht zugelassen werden können, und es hat ferner nur abgelehnt, die Ausdehnung von Wandergewerbescheinen für Lustbarkeiten bei einem solchen Volksfest von vornherein zuzusichern, weil es sich dadurch der ihm im Einzelfall dem Wandergewerbetreibenden gegenüber nach § 60 Abs. 2 der Gewerbeordnung und §§ 99 und 101 der Vollzugsverordnung zur Gewerbeordnung obliegenden sachlichen Prüfung begeben hätte. Diese Prüfung muß aber infolge des Ueberhandnehmens der Zulassung solcher Wandergewerbetreibender zu Volksfesten mit größerer Strenge als früher vorgenommen werden, weil solche Schaustellungen und Lustbarkeiten einerseits kein notwendiges Erfordernis zur Veranstaltung eines Volksfestes sind, andererseits aber die Festbesucher vielfach zu unnötigen und unwirtschaftlichen Ausgaben verleiten ohne gerade die Festfreude zu erhöhen.

Ein bezirksamtliches Verbot ist hiernach lediglich gegen die Aufstellung von Glücksbuden bei Vereins- und Volksfesten ergangen und auch dieses Verbot trifft jetzt nur noch solche Ausspielungen, bei denen der Gesamtpreis der Lose die Summe von 100 Mk. übersteigt, nachdem durch die Verordnung vom 25. Juni ds. Js. den Vereinen die Aufstellung von Glücksbuden an öffentlichen Orten aus Anlaß von Festlichkeiten mit der Ausgabe von Losen bis zu 100 Mk. freigegeben ist.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe,** 13. Juli.

Achtung, Parteigenossen!

Wie bereits schon mitgeteilt, findet morgen das Parteifest des 43. badischen Landtagswahlkreises im „Bad. Hof" in Grünwinkel statt. Das Wahlkreiskomitee hat alle Vorbereitungen getroffen, um das Fest zu einem wirklich imposanten zu gestalten. Neben Musik- und Gesangsvorträgen finden auch turnerische Aufführungen statt. Die Festrede wird der Abgeordnete des Kreises A. Willi halten. Auch wird ein großes Preisschießen veranstaltet. Glücksspiele finden keine statt, auch keine Bierpreiserhöhung. Jeder Genosse kann deshalb mit seiner Familie an diesem Feste teilnehmen. Die Grünwinkler Genossen werden gebeten, sich morgen früh auf dem Festplatze einfinden zu wollen.

Ein süßer Trost für die Oftelbier Karlsruhes.

Mit tiefem Bedauern und großer Bekümmernis konstatieren von Zeit zu Zeit unsere „staatserhaltenden" Blätter, zu denen sich auch das Karlsruher Inseraten-Tageblatt rechnet, wie immer mehr der Respekt vor der Obrigkeit abnehme, wie die Achtung von Thron und Altar immer mehr schwinde. Es ist traurig, tieftraurig, das! Wie undankbar ist doch das Volk! Vom Gottes-Gnadentum will es nichts mehr wissen, es lacht darüber. Die beschwerlichen Eisenbahnfahrten, die mit tausenden von Gefahren verbundenen Seefahrten, die für die Stimmbänder äußerst anstrengenden Reden, die in glühender Sonnenhitze abgenommenen Paraden und wie alle die vielen schweren Arbeiten heißen, die unsere gekrönten Häupter für ihr geliebtes Volk verrichten, tage-, wochen-, monatelang ist oft auch das Familienleben gestört, wenn der Monarch fern vom Heimatshause und seinen Lieben in Regierungsgeschäften weilen muß. Alles das achtet das Volk für nichts, es nörgelt und kritisiert, wirft undankbar 4½ Millionen republikanische Stimmzettel in die Wahlurne! Welch ein Schmerz ist das für ein treu-patriotisches Herz!

Wie wohl tut da einem tief bekümmerten, fast gebrochenen Herzen, ein Trost, wie freut es sich da über jedwede monarchische, wenn auch noch so geringe Kundgebung — und wenn sie von toten Lebewesen kommt, von Tieren oder Pflanzen. Mit Stolz und Wonne berichtet das „Karlsruher Tageblatt":

> **Die Victoria regia** hat auch dieses Jahr zu Großherzogs Geburtstag ihre erste Blüte erschlossen. Auch die anderen Wasserpflanzen im Großh. Hofgarten sind sehenswert.

Heil dir edle Pflanze! Du machst deinem Namen Ehre! Wenn du auch so wenig Verstand hast wie mancher Zeitungsschreiber: So hast du wenigstens doch Gefühl und das wiegt ja gerade in jenen Kreisen den Mangel an Verstand bei weitem auf. Sämtliche Zentrums- und Junkerredaktionen werden dein Lob singen! Und vor dir auf dem Bauche kriechen! Bereits haben einige Kriegervereine ihren Besuch auf nächsten Sonntag angesagt, zwei Pfadfinder stehen ständig Posten vor dem Nationalheiligtum. Im Unterhaltungsblatt der „Bad. Presse" wird eine Anzahl photographischer Aufnahmen veröffentlicht werden mit eigens aus diesem Anlasse vom Hausdichter fabrizierten Versen, sowie eine Aufsatzserie von 39 Fortsetzungen. Heil dem Vaterlande! Heil den Patrioten! Heil Victoria regia! — Heil dem Schmok!

NB. Der Berichterstatter war offenbar von dem Anblick so begeistert, daß er für alles andere keinen Sinn mehr hatte. Als wir nämlich gleich darauf vorbeigingen, hörten wir deutlich, wie eine Anzahl Frösche, die sich um die Victoria regia gruppiert hatten, mit melodischer, jeden Militärverein übertreffenden Stimme die Nationalhymne quakten. Vielleicht teilt das „Tagblatt" dies ergänzend noch mit.

Doppelt gestraft.

Ob es gerade notwendig ist, einen Familienvater auf die Straße zu setzen und denselben brotlos zu machen, weil derselbe eine Haftstrafe wegen Politisierens in einer Wirtschaft erhalten hat, möchten wir bezweifeln. Es ist aber geschehen in einem städtischen Betriebe der Residenz Karlsruhe. Wir wollen den Fall kurz schildern, um im Anschluß daran zu beweisen, daß unmittelbare Vorgesetzte und auch die Herren Ressortchefs auch anders können.

Ein Arbeiter machte in seinem Heimatsort einen Besuch. Beim Glase Bier in einer Wirtschaft politisierte er mit einigen Anwesenden und gibt seiner Meinung in freiheitlichem Sinne Ausdruck. Es kommt noch ein anderer Arbeiter dazu, der seine Ansicht etwas drastischer zum Ausdruck bringt und dafür zur Wirtschaft hinausgeworfen und vom Gericht empfindlich bestraft wird. Der städtische Arbeiter wird wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung denunziert. Die Staatsanwaltschaft kann jedoch nach Untersuchung der Angelegenheit zu keiner Anklage kommen. Gestraft muß aber nun einmal sein, wenn ein solcher Mann verdächtig ist, rot zu sein. Es werden ihm deshalb ohne jede Verhandlung einfach sechs Wochen Haft diktiert wegen Verübung groben Unfugs, wie es in der Strafverfügung heißt. Die eingelegte Berufung geht bis vor das Schwurgericht (vom Schöffengericht wurde eine Majestätsbeleidigung konstruiert), woselbst die Strafe auf vier Wochen herabgesetzt wird. Der städtische Arbeiter muß seine vier Wochen Haft verbüßen. Nun wäre doch, meinen wir, gestraft genug. Weit gefehlt jedoch. Ein mit vier Wochen Haft bestrafter Arbeiter kann in einem städtischen Betriebe nicht mehr beschäftigt werden, der muß raus. Wenn ihm auch geschäftlich keine Strafe oder Verweis nachgesagt werden kann. Allerdings ist ein freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter für die unmittelbaren Vorgesetzten und für einzelne Ressortchefs an und für sich schon ein Greuel. Noch viel schlimmer ist dies, wenn ein solcher Arbeiter noch in dem Geruche steht, Sozialdemokrat zu sein. Darum mußte auch doppelte Strafe sein.

Nun könnte man dagegen nichts sagen, wenn die Herren Vorgesetzten und Ressortchefs immer so vorgingen. Das ist aber nicht der Fall. **Wir haben vielmehr festgestellt, daß in den einzelnen städtischen Betrieben Leute beschäftigt sind, die viel schwerere Strafen und dazu wegen schlimmeren Delikten hinter sich haben.** Diese Strafen müssen bei den Vorgesetzten bekannt sein, denn es liegen doch von jedem ständigen Arbeiter oder Angestellten bei der Stadt Personalakten vor. Aber Halt! Das ist etwas anderes! Die schlimmer Bestraften sind zwar auch „organisiert", aber in Vereinen, welche die Stadtverwaltung besonders unter ihre Fittiche genommen hatte und bis zum letzten Jahre mit Subventionen bedachte. Für gewöhnlich nennt man diese Vereine und deren Mitglieder die Gelben, und das ist etwas anderes. Da leidet das Renommee der Betriebe nicht darunter.

Es liegt uns ferne zu verlangen, jene ebenfalls und viel schwerer bestraften städtischen Arbeiter sollten entlassen werden. Aber eine konsequente Haltung der Vorgesetzten usw. und eine gleiche Behandlung für alle Arbeiter in den städtischen Betrieben, das können wir verlangen. Erst dann kann auch ein vorteilhaftes Zusammenarbeiten und ein für die Stadt selbst vorteilhaftes Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Arbeiter entstehen.

Zunächst wäre über die angeführte Angelegenheit eine Aufklärung am Platze, da die betr. vorbestraften Arbeiter gerade bei solchen Chefs beschäftigt sind, die nicht am besten auf die freien Gewerkschaftler zu sprechen sind.

Ein Wüstling. Festgenommen wurde ein lediger 19 Jahre alter Hausbursche aus Bühl, der in Daxlanden ein 4jähriges Mädchen auf den Heuspeicher lockte und sich an dem Mädchen vergangen hat.

Unfall. Als gestern nachmittag ein 74 Jahre alter Privatier mehrere Kinder wegweisen wollte, die vor einem Hause der Tullastraße spielten, fiel ein 6jähriger Knabe, welcher an einer Steinsäule hochgeklettert war und sich aus Angst nicht mehr mit den Händen festhalten konnte, aus einer Höhe von 3 Meter herunter. Er zog sich Verletzungen am Kopf und an beiden Füßen zu. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er nach der elterlichen Wohnung verbracht.

Zusammengestoßen ist gestern nachmittag Ecke Krieg- und Kreuzstraße ein Radfahrer mit einem Fuhrwerk der hiesigen Expreßgutbestätterei. Der Radfahrer, ein hiesiger Amtsgerichtsdiener, erlitt außer einer bedeutenden Wunde am Hinterkopf eine Verletzung am linken Auge und eine starke Gehirnerschütterung und blieb bewußtlos liegen. Zwei herbeigerufene Aerzte leisteten die erste Hilfe, worauf der Schwerverletzte mittelst Autos nach seiner Wohnung verbracht wurde. Die Schuld an dem Unfall trifft den Kutscher, der vorschriftswidrig um die Ecke gefahren ist.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Naturfreunde. Morgen Sonntag, den 14. Juli, veranstaltet die Ortsgruppe Karlsruhe ein Jugendwanderung, wie aus dem Vereinsanzeiger ersichtlich, nach der Lochmühle—Glaßwiese. Die Gehzeit von Ettlingen bis zum Platz beträgt etwa 2 Stunden, von Bruchhausen 1 Stunde. Für Ueberraschungen und Unterhaltung ist gesorgt und bitten wir um rege Beteiligung seitens der Eltern und Kinder. Bis ¾7 Uhr werden vor dem Hauptbahnhof die Mitglieder des Vereins die Kinder in Obhut nehmen. An Fahrgeld ist aufzuwenden für Kinder über 10 Jahre 0,35 Mk., für kleinere 0,20 Mk. Für Proviant des ganzen Tages ist ebenfalls zu sorgen. Die Veranstaltung liegt in bewährten Händen und wird den Teilnehmern garantiert für einen genußreichen Tag. Also Jung und Alt am Sonntag auf ins Freie mit den Naturfreunden!

Stadtgartenkonzert. Sonntag, den 14. Juli d. J., von vormittags ½12 bis mittags ½1 Uhr wird im Stadtgarten bei günstiger Witterung die städtische Schülerkapelle ein Freikonzert veranstalten. Es werden nachfolgende Musikstücke zum Vortrag gebracht werden: „Hymne" von Beethoven, „Festgruß", Marsch von Orth, „Introduktion und Chor" aus Troubadour von Verdi, „Schweizerklänge", Ländler von Kegel, „Odaliska", Mazurka von Faust, „Großherzog Friedrich-Marsch" von Häfele.

Stadtgartentheater. Heute Samstag wird die „Zigeunerliebe" mit den Damen: Conti, Fiebiger, Marschall, Richter, mit den Herren: Ander, Lamberg, Ludwig, Verheyen und Warbeck wiederholt. Die „Zigeunerliebe" hatte bei ihrer ersten Aufführung einen großen Erfolg, der durch die rege Nachfrage bestätigt wird. — Am Sonntag geht zum zweitenmal in dieser Saison das „Wiener Blut" mit den Damen: Conti, Fiebiger, Marschall, Schönbeck, mit den Herren: Ander, Lamberg, Richter, Verheyen und Warbeck in Szene.

Neues vom Tage.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Frankfurt a. M., 12. Juli. Bei der Ausschmückung im Innern des Hauptbahnhofes anläßlich des Schützenfestes stürzten gestern zwei Arbeiter von einer Leiter. Der eine erlitt schwere innere Verletzungen, während der zweite mit geringen Kontusionen davon kam.

Kattowitz, 12. Juli. Ein schwerer Unfall ereignete sich in einer Sandgrube bei Domb. Mehrere Arbeiter wurden durch eine einstürzende Sandwand verschüttet. Einer konnte nur als Leiche geborgen werden, die andern sind zum Teil schwer verletzt.

München, 12. Juli. **Auf dem Gute des Oekonomierates Martius in Leinertshofen ist heute früh ein im Bau befindlicher Brunnenschacht eingestürzt. Drei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Der leitende Baumeister, der seinen Leuten helfen wollte, wurde von ausströmenden Gasen betäubt und konnte nur als Leiche geborgen werden. Die drei Arbeiter sind noch nicht geborgen und wahrscheinlich tot. Aus Bamberg ist eine Sanitäts-Kolonne zur Hilfeleistung abgegangen.**

700 Schafe verbrannt.

Schwerin i. Mecklbg., 11. Juli. Wie jetzt bekannt wird, sind am Dienstag durch Blitzschlag bei einem heftigen Gewitter in Wietstock bei Löwitz und beim Rittergut Griebow 700 Schafe umgekommen, da der Blitz in den Ställen gezündet hatte.

Drei Schüler ertrunken.

Jena, 12. Juli. In Neuengonna bei Jena ertranken drei Berliner Ferien-Kolonisten, die sich verbotswidrig über die Badgrenze hinweg in die Saale gewagt hatten.

Die Hitze.

Neuyork, 12. Juli. Die Hitze dauert noch immer an. Gestern starben 10 Personen an Hitzschlag und über 200 mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Spitäler sind überfüllt. Es ist noch keine Aussicht auf ein Sinken der Temperatur vorhanden. Man kündigt im Gegenteil für die nächsten Tage noch ein Steigen der Hitze an. Die östlichen Städte klagen bereits über Wassermangel. Die Ernte wird durch die Trockenheit sehr beeinflußt. Die Temperatur schwankt in Neuyork zwischen 90 und 100 Grad Fahrenheit.

Letzte Nachrichten.

Hessische Beamten-Besoldung.

Darmstadt, 12. Juli. **Im hessischen Landtag wurde die Beamten-Besoldungs-Vorlage nach längerer Verhandlung verabschiedet, worauf sich die Kammer bis zum Herbst vertagt.**

Ende des Metallarbeiterstreiks.

Hannover, 12. Juli. **Der Friede in der Metall-Industrie ist gestern vollzogen worden, nachdem der Lohnkampf 12 Wochen gedauert hat. In 10 Versammlungen haben die organisierten Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Das Resultat des Kampfes ist, daß die bisherige Arbeitszeit von 59 auf 57 Stunden wöchentlich herabgesetzt wird. Die Stundenarbeiter erhalten einen Lohnzuschlag von 3 Pf. pro Stunde.**

Dynamit-Vergehen?

Dortmund, 12. Juli. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute der Prozeß gegen die Dynamitverbrecher von Asseln. Angeklagt sind acht Personen, sämtlich Bergleute aus Asseln und Umgebung. Es wird ihnen ein Dynamit-Komplott und die Vorbereitung eines Dynamitattentats zur Last gelegt. Das Verbrechen wurde während der Streikzeit begangen. Für die Verhandlung sind zwei Tage in Aussicht genommen.

Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen

Essen, 12. Juli. **Das hiesige Schwurgericht sprach im Wiederaufnahmeverfahren den Bergmann Mertens frei, der wegen Sittlichkeitsvergehen zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und schon zwei Jahre verbüßt hatte.**

Die englische Wahlrechtsfrage.

London, 12. Juli. **Das Unterhaus hat heute in zweiter Lesung die Regierungsvorlage über die Wahlrechtsreform mit 290 gegen 218 Stimmen angenommen.**

Der Aufstand in Portugal.

Lissabon, 12. Juli. In der vorvergangenen Nacht haben 1000 Mann Infanterie und und Kavallerie Lissabon mit der Bestimmung nach Norden verlassen. In Tuy hat ein Trupp Verschwörer republikanische Kavallerie angegriffen. Die Royalisten wurden geschlagen und flohen mit einem Verlust von 14 Toten. Es scheint, daß die Republikaner nur geringe Verluste erlitten haben.

Lissabon, 12. Juli. **Die Monarchisten, die bei Cabaceira kämpften, waren 850 Mann stark, darunter befanden sich 100 Priester, die eifrig an dem Kampfe teilnahmen und mit Knütteln auf die Gegner einschlugen. An ihrer Spitze stand der Pater Don Dominga, ein Führer der royalistischen Streitkräfte, der mit einem Mausergewehr bewaffnet war und die Verteidigung leitete.**

Zum Dockarbeiterausstand.

Antwerpen, 12. Juli. **Hier wurden sämtliche Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft verhaftet, weil sie versuchten, Arbeitswillige von einigen Reederfirmen fernzuhalten.**

Wasserstand des Rheins.

13. Juli.

Schusterinsel 2.63 m, gef. 7 cm, Kehl 3.37 m gef. 5 cm, Maxau 4.99 m, gef. 8 cm, Mannheim 4.36 m, gef. 12 cm.

Vereinsanzeiger.

10. Reichstagswahlkreis. Mittwoch, 17. Juli, Sitzung des Vorstandes im Parteisekretariat, Bahnhofstraße 50, H. 580

Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrerverein.) **Heute abend ½9 Uhr Abfahrt zur Nachtausfahrt Forst, Bruchsal. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.**
Sammelpunkt Kriegerdenkmal. 579

Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor.) Morgen Sonntag, abends von 6 Uhr ab, gemütliches Beisammensein im Vereinslokal „Deutsche Eiche".
Montag abend Singstunde; vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. 585

Karlsruhe. (Gesangverein „Harmonie".) Die verehrl. Mitglieder werden gebeten, sich Sonntag nachmittag 5 Uhr auf dem Festplatz des Arbeiterbund „Vorwärts" Durlach hinter dem Waldhorn pünktlich einzufinden. 578 Der Vorstand.

K.-Mühlburg. (**Gesangverein „Bruderbund".**) Morgen Sonntag mittag Mitwirkung des Männer- und gemischten Chors bei dem Parteifest in Grünwinkel. 577

Durlach. (Soz. Verein.) Samstag, 20. Juli, abends ½9 Uhr, im „Schwanen", Generalversammlung. Tagesordnung: Tätigkeitsbericht der Parteileitung, Neuwahl. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
NB. Bibliothekbücher sind im Laufe der nächsten Woche abzuliefern. 575

Durlach. (Soz. Verein.) Die Parteigenossen werden ersucht, freundlicher Einladung zufolge, sich morgen Sonntag möglichst zahlreich an dem Sommerfest des Arbeiterbund „Vorwärts" auf seinem Turnplatz beim „Waldhorn" zu beteiligen. 576 Die Parteileitung.

Teutschneureuth. (Soz. Verein.) Morgen nachm. 4 Uhr Mitgliederversammlung in der „Krone". Der Vorstand.

Kommunalpolitik.

Eggenstein, 12. Juli. Morgen, Sonntag, 14. Juli, nachm. ½4 Uhr, findet im „Deutschen Kaiser" eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Stadtv. Gen. Abele über „Gemeindewahlen und unser Gemeindeprogramm" referieren wird. Um 2 Uhr findet im selben Lokal eine Mitgliederversammlung statt.

Berghausen, 11. Juli. Bei der heute vorgenommenen Wahl des Bürgermeisters wurden für unsern Kandidaten 23 Stimmen abgegeben, unsere Wähler haben somit Mann für Mann für unseren Kandidaten gestimmt. Der Kandidat der Fortschrittler erhielt 25 Stimmen, der des Bürgervereins 17, vom Bürgerverein fielen 2 Mann um; die Wahl war resultatlos.

Wiesloch, 12. Juli. Die mittleren Städte Badens halten heute und morgen hier ihren 18. ordentlichen Städtetag ab. Die Tagesordnung ist eine sehr umfangreiche.

Aus dem Lande.

Baden-Baden.

— **Die Unterschlagungen in der Meisterkrankenkasse.** Ueber die aufsehenerregenden, von uns schon gemeldeten Unterschlagungen der Meisterkranken- und Sterbekasse wird noch berichtet: Die Höhe der unterschlagenen Summe beträgt rund 15 000 Mark. Die Kasse war im Jahre 1904 für Mitglieder der Gewerbe- und Handwerkervereine Baden-Baden, Lichtental, Sinzheim, Steinbach, Bühl und Achern gegründet worden und hatte sich sehr bewährt. Die Unterschlagungen sollen bis zum Jahre 1908 zurückgehen. Der Vorsitzende, der nahezu das ganze Vermögen der Kasse unterschlagen hat, hob es von den Sparkassen Baden, Achern und Bühl mit der Zeit ab und verwendete das Geld für persönliche Zwecke. Von der vom Staat wie von der Kasse eingesetzten Revision wurden bis in die letzte Zeit Beanstandungen nicht gefunden; es wurden lediglich die Buchungen verglichen, der effektive Kassenbestand bei der Revision aber nicht beigezogen. Wie es heißt, befindet sich der Vorsitzende immer noch auf freiem Fuß, obgleich schon seit einiger Zeit bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet worden ist. Wie die Angelegenheit enden wird, ist noch ganz unbestimmt. Nach den Satzungen haftet der Gesamtvorstand der Kasse für ordnungsmäßige Verwaltung. Wie bereits schon berichtet, hat vorläufig eine 11gliedrige Kommission die Regelung der Angelegenheit in die Hand genommen.

Offenburg.

— **Der Konsumverein für Offenburg und Umgebung** beschloß in seiner am Mittwoch stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung einstimmig, sich dem Konsumverein für Straßburg und Umgebung anzuschließen. Zufolge dieses Beschlusses tritt der Offenburger Konsumverein in Liquidation. Zu Liquidatoren werden die Mitglieder des Vereinsvorstandes gewählt. Der Konsumverein Straßburg übernimmt sämtliche Aktiven und Passiven des Konsumvereins für Offenburg am 15. Juli d. J. und führt das bisherige Verkaufsgeschäft des Vereins als Zweiggeschäft des Straßburger Vereins weiter.

— **Die Frauensektion** hält am Sonntag abend in der „Michelhalle" (Gesangvereins-Lokal) eine Versammlung ab, in welcher Genossin Schneider den Bericht über die Frauenkonferenz erstatten wird. Es ist zu erwarten, daß alle Mitglieder erscheinen.

— **Zum Streik in der Brauerei Mundinger.** Gestern abend tagte im „Anker" eine recht gut besuchte öffentliche Volksversammlung. Die Tagesordnung lautete: „Das arbeiterfeindliche Treiben der Herren Mundinger und des Syndikus des Verbandes oberbadischer Brauereien, Herrn Dr. Wilke-Freiburg. Der Streik und Boykott in der Brauerei Mundinger eine unabwendbare Notwendigkeit." Bezirksleiter Rebholz-Straßburg erläuterte in einstündigen Ausführungen die Ursache und den Verlauf des Streiks. Er wies nach, wie gerade diese Brauerei in der Lage gewesen wäre, die Angelegenheit ohne Kampf zu beseitigen und wie durch ihr Verhalten die Situation so verschärft worden sei. Er geißelte gebührend das reaktionäre Treiben des Herrn Dr. Wilke, der unbekümmert darum, ob die Arbeiter auch ihr Leben anständig fristen können, sich selbst den bescheidensten Forderungen gegenüber ablehnend verhält und dadurch schwierige Kämpfe in der Braubranche provoziert. Schließlich fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 11. Juli 1912 im „Anker" tagende öffentliche Volksversammlung nimmt Kenntnis von dem Verhalten der Brauereibesitzer Mundinger und erachtet das Vorgehen der Arbeiter als die einzige Möglichkeit ihren bescheidenen Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen. Die Versammlung spricht den Streikenden ihre volle Sympathie aus und fordert sie auf, in dem gerechten Kampf standhaft zu bleiben, bis die einzelnen Brauereien den Arbeitern gegenüber einen anderen geneigten Standpunkt einnehmen.

Die Versammlung verspricht, den über die Lokale mit Mundinger Bier verhängten Boykott streng hochhalten zu wollen und für dessen strenge Durchführung zu sorgen. Die Bevölkerung von Offenburg und Umgebung wird dringend aufgefordert, durch strenges Meiden der genannten Lokale den Streikenden die verdiente Unterstützung zu teil werden zu lassen.

Villingen, 11. Juli. Heute mittag wurde hier die erste Schwarzwälder Fachausstellung für Gastwirtschaft und Hotelbetrieb durch den ersten Vorsitzenden des die Ausstellung veranstaltenden Gastwirtevereins Villingen und Umgebung, Gasthofbesitzer J. Rieger, eröffnet. Etwa 150 Aussteller, darunter große Firmen aus allen Teilen des Deutschen Reiches, bringen in ihren vielen hunderten großen und kleinen Ausstellungsobjekten und -Produkten ein wirklich alles umfassendes Bild, was im modernen Gastwirtschafts- und Hotelbetrieb gebraucht wird. Zugleich findet eine Kochkunstausstellung statt. Die Ausstellung selbst, das erste große derartige Unternehmen im Schwarzwald, dauert vom 11. bis 22. Juli. Bis jetzt sind etwa 25 wertvolle Ehrenpreise gestiftet worden, die den Ausstellern bei der Prämiierung winken, darunter vom Verband bad. Gastwirte Karlsruhe und vom Gastwirteverein Karlsruhe, vom Fürsten von Fürstenberg, der Stadt Villingen usw. Zum Besuch der Ausstellung haben sich bis jetzt etwa 30 Gastwirtevereine aus ganz Baden und den Nachbarländern angemeldet.

Waldshut, 11. Juli. In Lausheim wurde von dem Untersuchungsrichter von Waldshut eine **Untersuchung** gegen den bisherigen **Pfarrer Peter eingeleitet,** der sich des Vergehens gegen die §§ 174 Ziffer 1 und 176 Ziffer 3 des R.St.G.B. schuldig gemacht haben soll. Pfarrer Peter war längere Zeit in Baden-Baden und kehrte vor wenigen Tagen von da hierher zurück, ist aber seit einigen Tagen verschwunden. Wie wir gestern schon meldeten, wurde der Herr Pfarrer in Neuyork verhaftet.

* **Schwetzingen,** 12. Juli. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich heute vormittag. Das 5½ Jahre alte Söhnchen des Landwirts Wöllner geriet unter ein mit Sand beladenes Fuhrwerk. Die Räder gingen dem Knaben über den Kopf, der vollständig zerdrückt wurde. Der Tod trat sofort ein.

* **Bühl,** 12. Juli. Der im hiesigen Amtsgefängnis inhaftierte Former M. J. Krebs aus Durlach hat sich heute nacht in seiner Zelle erhängt.

o. **Neuburgweier,** 5. Juli. In seiner Nr. 149 vom 4. Juli brachte der „Ettlinger Landsmann" einen Artikel, worin es hieß, daß der Gesangverein „Liederkranz" ein Waldfest abgehalten habe, wobei es zwischen dem 2. Vorstand des sozialdem. Vereins, dem Vorstand der „freien" Turner und einem ehemaligen Vertrauensmann der sozialdem. Partei zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen sei. Man weiß nun ja, mit welch schoflen Mitteln der Ettlinger Waldmichel und sein gelehriger Korrespondent von hier „arbeiten". So ist es auch in diesem Falle wieder: Nur recht verleumdet, etwas bleibt schon hängen, das ist der Grundsatz jener frommen Christen. Der „ehemalige" Vertrauensmann brauchte nämlich sich auf dem Festplatze an der Quelle keine Erfrischung zu holen, er hatte die nötige Erfrischung, aber nicht in Begleitung seiner Familie, schon mitgebracht. Wenn der „ehemalige Vertrauensmann und nunmehrige Zentrumsmann die — Kühnheit hat, nachdem er seine Partei verraten, in Begleitung der Musik den Sozialistenmarsch mitzusingen, so hat wohl noch der Vorstand das Recht, ihn aufzufordern dies zu unterlassen. Der Mann wollte aber, wie es scheint, Streit suchen und das Fest stören, es gab einen Wortwechsel, wobei er einige Schläge bekam. Wir hätten nichts dagegen gehabt, wenn der Mann auch das Fest mitgemacht hätte, er wäre unbehelligt geblieben, wenn er sich anständig betragen hätte. Wenn der Waldmichel von einem Racheakt schreibt, so ist das verlogen. Wir verzichten auf solche Leute mit Freuden und gönnen sie herzlich dem Zentrum.

Arbeits-Kleidung

Hosen in Zwirn ℳ 1.95 2.50 3.85 4.80 544
Hosen in Englisch Leder ℳ 2.50 3.75 4.75 5.00 6.50
Hosen in Samt-Cord ℳ 3.50 4.80 5.50 6.80
Hosen in blau Leinen ℳ 1.25 1.95 2.40 3.50
Hosen in Buxskin ℳ 2.00 2.85 3.50 bis 16.00
Sonstige Berufskleidung äusserst billig.
Nur Adlerstrasse 18a. E. Hahn.

Montag 15. Juli

Mein nächsten Montag beginnender 574

Inventur-Ausverkauf

bringt in allen Abteilungen grössere Posten und Restbestände zu nie wiederkehrenden billigen Preisen.

Während des Inventur-Ausverkaufs
Doppelte Rabatt-Marken oder 10% in bar.

Herren- und Damen-Kleiderstoffe :-: Wäsche und Weisswaren :-: Konfektion und Kurzwaren

Blusenstoffe gestreift u. Bordüren 110—120 cm breite — früher 4.50 bis 95 ₰ **jetzt 2.50** bis **48** ₰
Eolienne, Crepon, Cachemire Halbseide, **Voile** mit Bordüren — früher 8.50 bis 3.— **jetzt 4.50** bis **1.50**
Kimono-Blusen-Tücher jetzt Mk. **2.50**
80—120 cm breite **Wasch-Voile, Wollmousseline, Foulardine, Kleider-Leinen** — früher 3.40 bis 1.25 **jetzt 1.75** bis **55** ₰
Mousseline, imit. **Leinen,** imit. **Zephir, Waschstoffe** — früher 1.10 bis 45 ₰ **jetzt 60** bis **20** ₰
140—150 cm breite **Herrenstoffe** — früher 12.50 bis 4.50 **jetzt 6.50** bis **2.25**

Damen-, Mädchen-, Kinder-Wäsche — **Taghemden,** darunter mit reicher Handstickerei und Handfeston 3.50 2.95 2.25 1.95 1.25 **95** ₰
Einzelne u. angetrübte Stücke in **Kombination, Prinzessröcke,** elegante **Garnituren Nachthemden, Beinkleider** mit **25** bis **60%** **Rabatt.**
Tisch-Wäsche — Einzelne **Handtücher** Stück **25** Pfg. Halb- und Reinleinen.
Günstige Gelegenheit für Wirte u. Pensionen **Tafeltücher, Tischtücher** Grösse 110/110 163/340 von **95** ₰ bis **10.—**
Bett-Wäsche — **Servietten** mit kleinen Fehlern, Halb- und Reinleinen Stück von **20** ₰ an.
Kopfkissen, geb., Stück von **75** ₰ an
Einzelne handgestickte **Kissen und Oberbettücher u. Garnituren** mit **33⅓%**
Herren-, Knaben-, Sport-Wäsche — **Bettbezüge,** weiss und farbig 130/180 cm, Stück von **2.95** an

Blusen, Unterröcke, Damen-, Mädchen-, Kinder-Schürzen, Russenkittel, Faltenkittel, Spielanzüge
Russenkittel Serie I **1.50** Serie II **1.25** Serie III **95** ₰
Kinder-Kleider weiss und farbig Grösse 45—90 cm früher 22.— bis 1.50 **jetzt 12.—** bis **95** ₰
Handschuhe Paar **10** ₰
Knaben-Wasch-Anzüge, „ Blusen, „ Hosen, Strümpfe, Kragen, Krawatten
Ein Posten schwarze **Panama-Schürzen** Reform- und Blusen-Façons früher 5.50 bis 7.50 **jetzt 2.75** bis **4.95**
Tischdecken farbige, Stück von **75** ₰ an.

Halbfertige bestickte Roben Stück **15.00** und **8.00**
Kinder-Hüte und Hauben (darunter sind bis Mk. 2.50) **25** ₰
Nähfaden, 3 fach, bestes Löwengarn, 500 Yds., 6 Rollen nur **95** ₰

Kaufhaus Jacob Löwe Karlsruhe, Kaiserstrasse 46 neben Schuhhaus Joseph Ettlinger.

Das Lebensalter des Menschen 100 Jahre! deshalb **Trinkt Chabeso!**
denn der Mensch lebt nicht von dem was er isst, sondern von dem, was er verdaut.
¼ Ltr. Fl. 10 ₰, bei 25 Fl. 8 ₰. ½ „ „ 15 „ „ 20 „ 13 „ 1 „ „ 24 „ „ 12 „ 22 „
Chabeso conc. Mk. 1.20
Chabeso-Fabrik Inh.: Friedrich Büchert **Karlsruhe** 7239 Marienstr. 60, Teleph. 3182.

Montag, den 15. Juli

beginnt mein grosser

Saison-Ausverkauf

Beachten Sie mein Angebot am Montag.

Hugo Landauer

Karlsruhe, Kaiserstrasse 145. 578

Colosseums-Garten

(Herrlich beleuchtet)

Heute Samstag Abend 8 Uhr

großes

Militär-Konzert

gegeben von der Kapelle des 1. Badischen Leibgrenadierregiments Nr. 109. 589

Eintritt 20 Pfg. Kein Bieraufschlag.

Josef Ulmer, Traiteur.

Residenz-Theater

Waldstrasse 30.

Spielplan

Samstag, den 13., Sonntag, den 14., Montag, den 15., Dienstag, den 16. Juli 1912:

Das Drama auf dem Leuchtturm.

Sehnsucht nach der Heimat. Tonbild.

Die Geheimnisse der Meerestiefe.

Wissenschaftliche Naturaufnahme.

Serie II.

Erklärung auf dem Programm.

Die Zauberschere. Fantasie-Film.

Kinematographischer Tagesbericht. Aktuell.

Freiwillige Feuerwehr. Humoreske.

Getäuschte Liebe. Drama in 2 Akten.

Die erste Auflage

der kürzlich erschienenen Broschüre:

Die sozialdemokratische Gefahr in Baden

Betrachtungen zur politischen Scharfmacherei des badischen Zentrumsführers Geistlichen Rats Th. Wacker von A. Weißmann, Redakteur

ist bereits vergriffen. Es wird mit dem Druck einer **Neuauflage** sof. begonnen werden. Weitere Bestellungen richte man an die

Buchhandl. des Volksfreund in Karlsruhe.

Metropol-Theater.

Schillerstrasse 22

Ecke Goethestrasse.

Von Samstag den 13. bis inkl. Dienstag den 16. Juli unter anderem:

Zwischen zwei Herzen

Dramatischer Ehekonflikt in drei Akten.

Der Film besticht durch seine einfache aber psychologisch um so feiner gegliederte Handlung, glänzende Inszenierung u. hervorragende Darstellung. 586

Städt. Arbeitsamt 582

Gesucht

für sofort und 1. August:

Privatköchinnen
Dienstmädchen
Zimmermädchen
Küchenmädchen für Wirtschaft bei hohem Lohn
Hotel-Zimmermädchen hier und auswärts.

Städtisches Arbeitsamt

(weiblicher Arbeitsnachweis)

Zähringerstr. 100. Telef. 629.

Tauben. Wegen Umzug sind sofort 10 Paar Brieftauben billig zu verkaufen. Zu erfragen **Fasanenstraße 51,** 1.

Sitz- u. Liegwagen gut erhalten, billig zu verkaufen. **A. Kaiser, Rüppurrerstraße 42,** 3. St.

Schuhmacher

tüchtig auf Sohlen und Fleck, sofort gesucht. Solche, die sich zur Leitung einer Filiale eignen, bevorzugt. 581

M. Wetzka, Schuhmacherei Scheffelstraße 63, Karlsruhe

Lieferung u. Aufstellung eines Einfriedigungsgeländers btr.

Die Lieferung und Aufstellung von etwa 350 lfdm. Einfriedigungsgeländer soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. Angebote sind verschlossen u. mit entsprechender Aufschrift spätestens **Dienstag den 23. Juli vormittags 10 Uhr** bei uns einzureichen. Bedingungen und Zeichnungen liegen auf unserem Geschäftszimmer Nr. 134 zur Einsicht auf. Angebotsvordrucke werden kostenlos abgegeben. 517

Karlsruhe, 5. Juli 1912.

Städtisches Tiefbauamt.

Schönes geräumiges

Nebenzimmer

neu renoviert, empfiehlt Vereinen und Gesellschaften zur gefl. Benützung. 8127

Fr. Linkenheil,
„Zur Wacht am Rhein"
Ecke Garten- und Ritterstr.

Trockenes

Brennholz

bei Abnahme von
5 Ztr. per Ztr. zu Mk. 1.60
10 „ „ „ „ 1.50
empfehlen zur Lieferung frei Keller 8133

Billing & Zoller A.-G.

Telephon Nr. 89.

Vornehm

wirkt ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und ein schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife à St. 50 Pf., ferner macht der Pada-Cream rote und rissige Haut in einer Nacht weiß und sammetweich. Tube 50 Pf. bei:

Carl Roth, Hofdrg., Herrenstr.
H. Bieler, Kaiserstr. 223
Otto Fischer, Karlstr. 74
und in allen Apotheken. 6062

Nur bis Dienstag.

Weltschlager!

Das Geheimnis des Fliegers.

Sehr spannendes Drama in 2 Akten.

(Originalabsturz des Fliegers.)

Welt-Kinematograph

Kaiserstr. 133 neben der kl. Kirche.

Klappwagen mit Dach, billig zu verkaufen **Winterstr. 20,** 4. St. rechts.

Kinderwagen, modern, gut erhalten, billig zu verk. **Hermannstr. 14 II.**

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen vom 11. Juli: Heinrich Ziegler von Friesenheim, Schmied hier, mit Wilhelmine Kaiser, Witwe von Gochsheim. — Franz Liesenborghs von Löwen, Hofmusiker hier, mit Frieda Amann von hier. — Karl Huber von hier, Postbote hier, mit Juliane Maier von hier. — Heinrich Freund von Dittigheim, Schneider hier, mit Marie Karl von Westernhausen. — Dr. Jakob Marx von Heidelsheim, Rechtsanwalt hier, mit Henriette Fuchs von hier. — Paul Heine von Poischib, Diplom-Ingenieur hier, mit Freya Rothenacker von hier.

Geburten vom 2. bis 9. Juli: Friedrich, V. Jul. Zimmermann, Amtsaktuar. — Adolf, V. Jak. Appel, Schreiner. — Oskar Paul, V. Emil Deuber gen. Rößler, Zahntechniker. — Fritz Johann, V. Fritz Kohn, Maler. — Magdalena Sofia, V. Theodor Burg, Färber. — Friedrich Matthias, V. Joh. Tremmel, Schlosser. — Meta, V. Jul. Schmidt, Bureaugehilfe. — Berta Frieda, V. Alfons Hofmann, Wursthändler. — Theobald Karl, V. Josef Stadler, Techniker. — Gertrud Erika, V. Walter Jul. Henning, Fabrikant und Ingenieur. — Margareta, V. Valentin Santo, Bahnarbeiter. — Gustav Emil Friedrich, V. Gust. Gros, Bäcker. — Paula, V. Jul. Roth, Taglöhner. — Anna, V. Josef Jörger, Taglöhner. — Karl Wilhelm, V. Karl Ziegler, Bierführer. — Nikolaus Emil, V. Leop. Röhrl, Tapeziermeister. — Ernst Rudolf Heinz, V. Georg Weikert, Intendanturdiätar. — Otto Heinrich, V. Hch. Heckert, Architekt.

Todesfälle vom 9. und 10. Juli: Paula, 9 J. alt, V. Adolf Rosmarinowsky, Monteur. — Hans, 5 Monate alt, V. Fritz Ruppricht, Klaviermacher. — Marie, 11 Mon. alt, V. Emil Gustav Schüle, Fuhrman. — Lisette Hartmann, Witwe des Registr.-Assistenten Franz Hartmann, 68 J. alt.

Montag, den 15. Juli

Saison-Räumungs-Verkauf

Preisermäßigung bis zu **50%**

Die Preise unseres gesamten Lagers, in allen Abteilungen sind enorm reduziert und ist das heutige Angebot eine **wirklich seltene Gelegenheit** erstklassige Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung **bedeutend unter Preis** zu kaufen. :-: :-: :-:

Auf alle, auch reduzierten Preise gewähren wir **doppelte Rabattmarken.**

Wir offerieren:

Unseren Vorrat **Herren-Saccoanzüge** in Cheviot u. Buxkin-Qualitäten Neuheiten der Frühjahrs- und Sommer-Saison in d. Preislage bis zu ℳ 32.— Ausverkaufpr. ℳ 24.— und **19.75**

Unseren Vorrat **Herren-Saccoanzüge** Neuheiten der Frühjahr- und Sommer-Saison in d. Preislage bis zu ℳ 45.— Ausverkaufspreis ℳ 39.— u. **31.-**

Unseren Vorrat **Herren-Saccoanzüge** aparteste Neuheiten d. Frühjahrs und Sommer-Saison in d. Preislage bis zu ℳ 60.— Ausverkaufspreis ℳ 53.- u. **46.-**

Unseren Vorrat **Herren-Saccoanzüge** Feinste u. allerfeinste Qualitäten der Frühjahrs- u. Sommer-Saison in der Preislage bis zu ℳ 80.— Ausverkaufspreis ℳ 65.- u. **58.-**

Ein Posten **blaue Sacco-Anzüge** besonders preiswerte Mk. **38.00**

Sämtliche Herren-Paletots und Ulster der Frühjahrs- und Sommer-Saison
in der Preislage bis zu ℳ 40.— . . . . Ausverkaufspreis ℳ 29.— und ℳ 23.--
in der Preislage bis zu ℳ 65.— . . . . Ausverkaufspreis ℳ 45.— und ℳ 38.—
in der Preislage bis zu ℳ 85.— . . . . Ausverkaufspreis ℳ 65.— und ℳ 52.—

Herren-Gummi-Mäntel in eleganter Ausführung
früherer Preis ℳ 29.50 . . . . . Ausverkaufspreis ℳ 21.—
früherer Preis ℳ 33.— . . . . . Ausverkaufspreis ℳ 26.—
früherer Preis ℳ 39.— . . . . . Ausverkaufspreis ℳ 31.—

Ein Posten **Bozener Loden-Mäntel** Mk. **19.75 21.00 29.50**

Unseren Vorrat **Hochsommer-Anzüge** aus Leinen, Lüster imitierter Rohseide, Flanell etc.
In den Preislagen bis zu ℳ 30.— Ausverkaufspreis ℳ 25.— und ℳ **18.-**
In den Preislagen bis zu ℳ 45.— Ausverkaufspreis ℳ 39.— und ℳ **31.-**
In den Preislagen bis zu ℳ 58.— Ausverkaufspreis ℳ 49.— und ℳ **48.-**

Unseren Vorrat **Sport-Touristen-Anzüge** aus glatten und gemusterten Loden, Homespun in vielen Façons mit Ansatz und Lanches langen Hosen.
In den Preislagen bis zu ℳ 31.— Ausverkaufspreis ℳ 22.— und ℳ **17.-**
In den Preislagen bis zu ℳ 38.— Ausverkaufspreis ℳ **28.-**
In den Preislagen bis zu ℳ 48.— Ausverkaufspreis ℳ **37.-**

Ein Posten Herren-Wasch-Westen ℳ **2.75**

Herren-Hosen in dauerhaften Strapazier-Qualitäten ℳ **3.50 4.40 4.60 6.- 7.50 9.25**

Ferner im Preise bedeutend reduziert:

Tennis-Hosen, Leinen-Saccos. Schilf-Leinen-Anzüge, Staubmäntel, Automäntel, Loden-Pelerinen, Sport-Hosen.

Jünglings-Anzüge. **Knaben-Wasch-Anzüge.**

Ein Posten **Jünglings-Tennis-Anzüge** aus Flanell- und Leinenstoffen ℳ 8.— 10.— 14.—

Knaben-Wasch-Blusen Preise bedeutend herabgesetzt ℳ -.90 1.35 2 50 3.75 4.90

Knaben-Anzüge aus Cheviot, Bukskin und Kammgarn-Stoffen in vielen Fassons in Grössen 1—6 5.70 7.80 „ „ 7—12 9.—

Knaben-Hosen Grösse 7—12 Zwirnhosen 1.65 1.90 „ 7—12 „ 2.95

Änderungen zum Selbstkostenpreis. — Versand gegen Nachnahme. — Keine Auswahlsendungen.

Spiegel & Wels

Grösstes Haus für elegante Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung.